

HISTORISCHES
JAHRBUCH
DER
STADT LINZ

1983

Linz 1985

Herausgegeben vom Archiv der Stadt Linz

INHALT

	Seite
Impressum	4
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	7
Anschriften der Autoren	8
Vorwort des Bürgermeisters	9
Fritz M a y r h o f e r (Linz): Altenwik — Altengwik — Bivium. Ein Beitrag zur Topographie des mittelalterlichen Linz	11
Willibald K a t z i n g e r (Linz): „Die Bürger in Stetten sein Diep, Schelm, Morder . . .“ Zu den sozialen Konflikten in den Städten Oberösterreichs unter Kaiser Maximilian	21
Heidelinde D i m t (Linz): Die Prämienmedaillen der Landschaftsschule in Linz	69
Georg W a c h a (Linz): Zu den Kapuzinern des 17. Jahrhunderts	79
Isfried H. P i c h l e r (Schlägl): Franz Posch (1679—1731). Eine biographische Skizze	89
Josef M i t t e r m a y e r (Oberneukirchen): Bausteine zur Geschichte der Linzer Bürgerverbände. Schützengesellschaft, Bürgerkorps, Nationalgarde	123
Věra Š i m e č k o v á (Brünn, ČSSR): Linz und die Februarereignisse 1934 im Spiegel der tschechoslowakischen Tagespresse	137
Kurt T w e r a s e r (Fayetteville): Der Linz Gemeinderat 1934—1962. Ständestaat, NS-Regime und die Ära Koref	153
Karl A i g n e r (Wien): Die Facetten — ein Modell zur Produktion von Literatur	245
Liselotte S c h l a g e r (Ried i. Innkreis): In memoriam Alfred Marks	287
Buchbesprechungen	289

Situation herauszukommen, verfolgten die Besatzungsbehörden zunächst eine sehr vorsichtige Politik in bezug auf die Belebung sowohl des politischen wie auch des ökonomischen Lebens und vertrauten auf eine Verwaltung, die sie sonderbarerweise als „unpolitisch“ begriffen.⁹⁸ Ökonomische und andere lebenswichtige Aktivitäten wurden als Antwort auf militärische Notwendigkeiten und zivile Notstände im Rahmen der vorher etablierten administrativen Kontrollen erlaubt. Nach Etablierung des Kontrollsystems begannen die Besatzungsbehörden allmählich die Barrieren, die sie gegen politische und gesellschaftliche Betätigung errichtet hatten, aufzuheben. Einige wichtige Daten im Prozeß der Liberalisierung sind die Wiedereröffnung des Landesgerichtes Linz-Süd am 14. Juli 1945, das am 3. August verlaubliche Recht, demokratische Gewerkschaften zu gründen, die Wiedereröffnung des Oberlandesgerichtes Linz am 13. August, die offizielle Erlaubnis zur Gründung politischer Parteien am 19. September, die Wiederaufnahme des Schulunterrichts am 17. September, die Verkündung der Pressefreiheit am 6. Oktober und die Aufhebung sämtlicher Ausgehverbote am 15. November.⁹⁹

Zu Beginn der Besatzungszeit mußten sich die politischen Organisationen allerdings dem autoritär-bürokratischen System der Besatzungsmacht anpassen und ihre Aktivitäten im Untergrund betreiben oder als „unpolitische“ Verwaltung auftreten. Bereits vor dem Zusammenbruch des NS-Regimes hatten sich sozialdemokratische Politiker im privaten Kreise zusammengefunden. Dazu gehörten Ernst Koref, Dr. Alois Oberhummer, Heinrich Kandl, später Präsident der Arbeiterkammer, Franz Harringer, später Vizepräsident der Arbeiterkammer, Albin Gebhardt, nachmaliger Vizebürgermeister von Linz, Ludwig Bernaschek u. a.¹⁰⁰ Gewisse Prinzipien verbanden dieses Korps der sozialistischen Elite. Einmal waren sie alle mehr an der Praxis als an der Theorie interessiert, zum anderen waren sie sich in ihrer prinzipiellen Ablehnung des Nationalsozialismus einig. Trotzdem sich manche als Revolutionäre Sozialisten betätigt haben, müssen sie alle dem rechten Flügel der Sozialdemokratie zugerechnet werden. Der einzige Politiker, der zum Sammelpunkt einer radikalen Sozialdemokratie in Oberösterreich hätte werden können, Richard Bernaschek, war in Mauthausen ermordet worden. Damit fiel die Führung der Sozialdemokratie fast automatisch in die Hände Ernst Korefs. Unter seiner Leitung wurden die professionellen Partei- und Gewerkschaftsverwalter auf pragmatisches Handeln ausgerichtet, das allerdings — hier liegt Korefs Verdienst — humanistische Zielsetzungen nicht ausschloß. Impliziert in dieser grundsätzlichen Ausrichtung waren die prononcierte Trennung von Sozialdemokraten und Kommunisten sowie enge Kontakte mit der amerikanischen Besatzungsbehörde. So wies z. B. die SPÖ Oberösterreichs am 11. August 1945 einen Vorschlag der KPÖ, eine gemeinsame Partei zu gründen, zurück.¹⁰¹ Obwohl auch die Gewerkschaften verboten waren, wurde auch hier die Initiative ergriffen. Bereits am 14. Mai wurde ein „Gewerkschaftsverband Oberösterreich“ gegründet, wobei mangels einer Verbindung mit den Wiener Zentralstellen die Frage offenblieb, ob das nun eine Richtungs- oder eine Einheitsgewerkschaft sein sollte. Durch einen Erlaß vom 3. August 1945 erlaubte die Militärregierung die Bildung einer Einheitsgewerkschaft. Ihre Organisationsform manifestierte sich in einem „Neuner“-Komitee, in dem jede der drei noch illegitimen Parteien (SPÖ, ÖVP, KPÖ) durch drei Vertrauenspersonen vertreten war.¹⁰² Auch hier war das Hauptpro-

⁹⁸ Dazu die brillante Interpretation von Leonard Krieger, *The Inter-Regnum in Germany: March-August 1945*. In: *Political Science Quarterly* 64 (1949), 507—532. Was Krieger für die amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland fand, gilt auch für die amerikanische Zone in Österreich während der ersten drei Monate der Besetzung.

⁹⁹ Dazu Hindinger, *Kriegsende* (wie Anm. 79), 159. Wilhelm Rausch und Max Lotteraner, *Aufbruch in eine bessere Zeit. Die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich 1920 bis 1980*, Linz 1981, 51; allgemein Herbert Lange, *Leben in Linz*, Linz 1961.

¹⁰⁰ Koref, *Gezeiten* (wie Anm. 9), 245.

¹⁰¹ Hindinger, *Kriegsende* (wie Anm. 79), 160.

¹⁰² Rausch — Lotteraner, *Aufbruch* (wie Anm. 99), 50—51.

blem, den Einfluß der Kommunisten zurückzudrängen. Die christlichen Arbeiter waren wohl auch überrepräsentiert.

Knapp vor dem Einmarsch der Amerikaner kam es bereits zu Besprechungen ehemaliger christlichsozialer Politiker über die Neugründung einer christlichen Partei. Initiator war Hofrat Dr. Josef Zehetner, ein verdienstvoller Landesbeamter mit engen Verbindungen zur katholischen Hierarchie. Dazu kamen Franz Kriz, der ehemalige Arbeiterkammerpräsident von Oberösterreich im Ständestaat, der ehemalige Linzer Gemeinderat Josef Simbrunner, die Bauernführer Mandorfer und Kern sowie die Vertreter der christlichen Arbeiterschaft Dr. Maleta, Karl Mitterbauer und Wilhelm Salzer.¹⁰³ Die zwei prinzipiellen Probleme, die zu lösen waren, ergaben sich aus der Verbindung zwischen Christlichsozialer Partei und Kirche sowie der Alternative einer bündischen oder einheitlich-zentralen Konstruktion der neuen Partei.¹⁰⁴ Es kristallisierte sich bald die pragmatische Meinung heraus, daß es zweckmäßig sei, eine neue, eine Volkspartei zu gründen, da der Klerus sich nicht offiziell an der Politik beteiligen durfte und man wohl auch einen Trennungsstrich unter die autoritäre Vergangenheit des Ständestaates ziehen wollte. Im Gegensatz zu Wien, wo man sich anfangs ernsthaft mit dem Gedanken eines „christlichen Sozialismus“ befaßte, befand sich der Arbeiterflügel der neuen Partei von Beginn an in einer schwächlichen Position.¹⁰⁵ Auch der rührige Salzer konnte daran nichts ändern, obwohl er, sich um das Verbot parteipolitischer Betätigung wenig kümmernd, beachtliche Anstrengungen unternahm, der christlichen Arbeiterbewegung einen organisatorischen Vorsprung über die anderen Bünde zu verschaffen.¹⁰⁶ Die handfesten Interessen von Bauern- und Wirtschaftsverbänden prägten die neue Partei. Der durchschlagskräftige Organisator der ÖVP Oberösterreichs, Felix Kern, ließ keinen Zweifel daran, daß im Bauernland Oberösterreich es der Bauernbund sei, der die politische Linie der neuen Partei bestimmen würde. Dies führte dazu, daß in dem Ende August 1945 zwischen den Bünden abgeschlossenen Übereinkommen keine Rede mehr davon war, dem Initiator der ersten Stunde Dr. Zehetner eine führende Rolle zu reservieren. Der kommende Mann war wieder Dr. Gleißner, ein alter Vertrauensmann des Bauernbundes. Als einzige Konzession erklärte sich Kern bereit, anstelle des von ihm zum Vorsitzenden der ÖVP vorgeschlagenen Bauernbündlers Mandorfer den neutralen Kronjuristen der ehemaligen Christlichsozialen Dr. Josef Stampfl zu akzeptieren.¹⁰⁷ Allerdings war die Alternative Gleißner zu Zehetner noch mit einigen Schwierigkeiten verbunden. So machten die Sozialdemokraten ihre Zusammenarbeit mit Gleißner von seinem deutlichen Abrücken von autoritären Prinzipien abhängig.¹⁰⁸ Gleißner wäre außerdem untragbar gewesen, hätten die Amerikaner auf einer strikten Anwendung der "Mandatory Removal and Exclusion Categories" im politischen Leben bestanden, von der ja auch hohe Funktionäre des Ständestaates betroffen waren.¹⁰⁹ Daß dies zu einer Benachteiligung der konservativen Kräfte geführt hätte,

¹⁰³ Peter Mandorfer war Landtagsabgeordneter von 1918—1934, Landwirtschaftsminister im Kabinett Schuschnigg von 1936—1938, nach 1945 wieder im Landtag und Präsident der Landwirtschaftskammer. Felix Kern, Bauernbundsekretär und -direktor vor 1938 und nach 1945, auch im Landtag war er einer der profiliertesten Vertreter der oberösterreichischen Bauernfunktionäre. Dr. Alfred Maleta war Kammeramtsdirektor der Linzer Arbeiterkammer von 1934—1938, nach 1945 vor allem auf Bundesebene als Spitzenvertreter des ÖAAB tätig. Wilhelm Salzer, Linzer Gemeinderat von 1923—1927 war vor allem als Publizist für die christliche Arbeiterbewegung hervorgetreten; nach 1945 Landesobmann des ÖAAB.

¹⁰⁴ Ludwig Reichhold, *Geschichte der ÖVP*, Graz 1975, 96; *Der Anfang in Oberösterreich*. In: Sonderbeilage des Neuen Volksblattes, Nr. 96 v. 25. April 1975.

¹⁰⁵ Kurt Skalknik, *Parteien*. In: Österreich. Die Zweite Republik. Bd. 2, hrsg. v. Erika Weinzierl und Kurt Skalknik, Graz 1972, 200.

¹⁰⁶ Wilhelm Salzer, *Geschichte der christlichen Arbeiterbewegung Oberösterreichs*, Linz 1963, 224.

¹⁰⁷ *Der Anfang in Oberösterreich* (wie Anm. 104).

¹⁰⁸ Siehe Anmerkung 9.

¹⁰⁹ *Dazu American Directive on the Military Government of Austria*, 27th June 1945. In: Hajo Holborn, *American Military Government. Its Organization and Policies*, Washington 1947, 177—194.

war den Amerikanern wohl bekannt. Darüber hinaus hatten sie sich bereits im September 1945 auf Dr. Gleißner als zukünftigen Landeshauptmann festgelegt, nachdem ihnen klar geworden war, daß sie sich mit ihrem Konzept der „unpolitischen“ Verwaltung im Gegensatz zu den Parteigründungsgruppen befanden und daß es in ihrem eigenen Interesse wäre, die Parteien als Kommunikations- und Koordinationsapparate in die Verwaltung einzubauen. So kam es dann am 26. Oktober 1945 zur Ernennung einer von Parteivertretern gebildeten Landesregierung mit Dr. Gleißner an der Spitze. Die wiedergegründeten Parteien (SPÖ, ÖVP und KPÖ) wurden als Legitimierungsorgane in einer Allparteienkoalition in die Landesregierung integriert, ohne allerdings diese kontrollieren zu können, da es sich nach Auffassung der Besatzungsbehörde nur um eine subsidiäre Selbstregierung bei gleichbleibend strikter amerikanischer Kontrolle handelte.¹¹⁰

Im Vergleich mit der verworrenen Besatzungspolitik der Amerikaner erscheint die Österreichpolitik der Russen als geradlinig. Von allen Alliierten waren es nur die Russen, die ohne Schwanken am Ziel der Wiedererrichtung Österreichs in den Grenzen von 1937 festhielten.¹¹¹ Die Besetzung des Mühlviertels und von Urfahr durch die Russen im August 1945 stellte die oberösterreichischen, aber speziell die Linzer Behörden vor die schwierige Aufgabe, die administrative Einheit von Linz und Oberösterreich zu wahren.¹¹² Verließen sich die Amerikaner in ihrer Besatzungspolitik anfangs auf „unpolitische“ Strukturen, betrachteten die Russen auch administrative Institutionen von vornherein als „politisch“. Sie forcierten daher folgerichtig die Etablierung von antifaschistischen Parteien, Gewerkschaften und des Pressewesens.¹¹³ Gegen das Dekret der Russen, Urfahr zur selbständigen Stadt zu erheben, konnte von Linz aus offiziell nichts unternommen werden. Wohl aber konnte indirekt durch die Ernennung des von den Russen zum Bürgermeister designierten Sozialdemokraten Ferdinand Markl zum Linzer Stadtrat die personelle Verwaltungsgemeinschaft aufrechterhalten werden. Da ein Drittel der Urfahrer Bevölkerung in Linz arbeitete und Urfahr auch finanziell von Linz abhängig war, gelang es den Russen niemals, die vollkommene Zweiteilung der Stadt zu erzielen.¹¹⁴

Nach Monaten großer Spannungen zwischen Amerikanern und Linzern begannen sich die Verhältnisse zu normalisieren. Die anfänglichen Schwierigkeiten können, wie ein scharfer Beobachter des Besatzungsregimes ausführte, darauf zurückgeführt werden, daß die Talente der amerikanischen Armee mehr technisch als soziologisch sind.¹¹⁵ Der weitgehende Zerfall der Disziplin der amerikanischen Truppen kam auch für die Armeeführung überraschend. Beteiligung der GI's an Plünderungen und am schwarzen Markt und andere Verletzungen militärischer Vorschriften führten ohne Zweifel zu einem Respektverlust unter der Zivilbevölkerung.¹¹⁶ Der Mangel an psychologischem Einfühlungsvermögen seitens der Amerikaner führte zu unglücklichen und widerspruchsvollen Entscheidungen in der Behandlung der Displaced Persons, der Unterbringung von

¹¹⁰ Hindinger, Kriegsende (wie Anm. 79), 166–169; Erich R. Pfeiffer, Die Stunde Null in Oberösterreich. In: Sonderbeilage der Oberösterreichischen Nachrichten, 26. April 1975.

¹¹¹ Fellner, Außenpolitische und völkerrechtliche Situation (wie Anm. 86), 64, 66.

¹¹² Die Abtretung des Mühlviertels an die Russen geht auf Verhandlungen der Alliierten über die Besatzungszonen in Österreich im April 1945 zurück. Die Vereinigten Stabschefs der USA beurteilten die Frage vom rein militärischen Standpunkt. Da keinerlei militärische Überlegungen gegen die Eingliederung des Mühlviertels in die russische Zone sprachen, gab der amerikanische Vertreter in der Europäischen Beratenden Kommission bereits am 15. April seine Zustimmung. Rauchensteiner, Sonderfall (wie Anm. 90), 103 f.

¹¹³ AStL, Archiv Urfahr, Sch. 219, Ferdinand Markl, Tagebuch Urfahr 1945–1955.

¹¹⁴ Zur russischen Besatzungspolitik siehe auch Rausch, Linz 1945 (wie Anm. 15), 27–30; Hindinger, Kriegsende (wie Anm. 79), 130–151.

¹¹⁵ Benson, American Military Government (wie Anm. 88), 181.

¹¹⁶ Dazu Robert Engler, The Individual Soldier and the Occupation, In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, 267 (January 1950), 77–86.

Evakuierten, Flüchtlingen und Vertriebenen, der demokratischen politischen Kräfte, der ehemaligen Nationalsozialisten und des Fraternisierungsverbots.¹¹⁷ Handelte es sich jedoch um pragmatische Aufgaben, erwiesen sich die Besatzungstruppen als kompetent. In der Verwaltung des unmittelbaren Nachkriegselends und in der Ingangsetzung der wirtschaftlichen Infrastruktur entwickelte sich daher auch bald eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen amerikanischer Besatzungsmacht und den Zivilbehörden.

Die Epoche der Schutt- und Trümmerzeit war von Improvisationen geprägt, in der Arbeit zumeist reaktiv auf die Bewältigung von Krisen und Notsituationen abgestellt war. Doch wurden auch einige grundlegende Entscheidungen im Bereich der Wirtschaftsordnung getroffen, die die Linzer Wirtschaft auf eine langfristig gültige Grundlage stellten. Das war vor allem bei der Entscheidung der Fall, die schwer angeschlagenen Großbetriebe, die unter dem NS-Regime errichtet worden waren, nicht zu schleifen, sondern ihren Weiterbestand anzustreben. Diese Grundentscheidung führte zu einem veritablen Entwicklungssprung, da das Eindringen großindustrieller Betriebsformen auch andere Wirtschafts- und Sozialerscheinungen beeinflusste.¹¹⁸ Koref, Mitglieder der Landesregierung, wie Gleißner, Bernaschek und Dr. Josef Walk, der amerikanische Industrieoffizier Colonel Engesath und Industriemanager, wie Hans Malzacher und Viktor Hueber, bildeten eine Einheitsfront gegen die im Inland spürbaren Tendenzen, die sich gegen die Erhaltung, Wiederingangsetzung und Ausbau der Linzer Werksanlagen richteten. Die Wirtschaftsfachleute in Wien und in der Steiermark konnten sich nicht vorstellen, daß neben den steirischen Werken ein weiteres schwerindustrielles Ballungszentrum um Linz für den kleinen österreichischen Raum tragbar sei.¹¹⁹ Die sachliche Einstellung der maßgebenden Exponenten bewahrte die Kontinuität in personeller Hinsicht und erwies sich in ökonomischer Beziehung von großem Wert, als die Produktion allmählich wieder in Gang gesetzt wurde. Bereits am 18. August 1945 wurde mit der Stahlproduktion wieder begonnen. Besonders verdienstvoll erwiesen sich Hans Malzacher, einer der wenigen österreichischen Industriemanager, der in der NS-Zeit den „reichs-deutschen“ Managern gewachsen und der im Juni 1945 von den Amerikanern mit der Leitung der Linzer Großbetriebe betraut worden war, sowie der Finanzexperte im Kabinett Eigl, Dr. Josef Walk. Allerdings wurden beide im Zuge einer neuen Entnazifizierungswelle im Herbst 1945 verhaftet. Beide fanden sich in derselben Zelle wieder. Koref und Gleißner setzten den Meinungsaustausch mit den Wirtschaftsfachleuten einfach durch die Zellengitter fort.¹²⁰ Jedenfalls war die

¹¹⁷ Übrigens führte die menschliche Natur das Fraternisierungsverbot ad absurdum. Die Aufhebung des Verbots im September 1945 war nur die Ratifizierung der bereits seit Monaten bestehenden Praxis.

¹¹⁸ Dazu allgemein Herbert Matis, *Das Jahr 1945. Die wirtschaftliche Ausgangssituation*. In: *Österreich in Geschichte und Literatur*, 19. Jg. (1975), 289–298.

¹¹⁹ Koref, *Gezeiten* (wie Anm. 9), 330. Alois Brusatti, *Die Geschichte der VÖEST*, Manuskript im OÖLA, 2. Bd., 18. Auch Vinzenz Kotzina, *Die Stadt Linz und ihre Wirtschaft*. In: *OÖ. Nachrichten*, 12. April 1965.

¹²⁰ Koref, *Gezeiten* (wie Anm. 9), 330. Auch Porträt der Woche: Dr. Josef Walk. In: *OÖ. Nachrichten*, 8. August 1959. Walk erwarb sich später als ÖVP-Vizebürgermeister von Linz große Verdienste. Der Druck der russischen Besatzungsmacht mag, wie Koref schreibt, eine Rolle in dieser Entnazifizierungswelle gespielt haben. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß sie eine Konsequenz der Patton-Affäre war. General Patton war zu dieser Zeit Militärgouverneur in Bayern. Da er die Deutschen als Hilfstruppen für einen Vorstoß nach Osteuropa intakt halten wollte, bremste er die Entnazifizierung in seinem Befehlsbereich ab. Als dies in den Vereinigten Staaten bekannt wurde, kam es zu einem öffentlichen Skandal, der General Eisenhower veranlaßte, im September 1945 neue verschärfte Direktiven für die Entnazifizierung in Bayern herauszugeben, was indirekt die Entnazifizierungspolitik in der amerikanischen Besatzungszone in Österreich beeinflusste. Dazu Rauchensteiner, *Sonderfall* (wie Anm. 90), 123f.; William E. Griffith, *Denazification in the U.S. Zone of Germany*. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 267 (January 1950), 68–76; besonders aber Lutz Niethammer, *Die amerikanische Besatzungsmacht zwi-*

sozioökonomische Realität stärker als die romantischen Illusionen jener, die geneigt waren, den Prozeß der Industrialisierung abubrechen.¹²¹

Mittlerweile gingen die neugegründeten Parteien an die Etablierung ihrer Apparate, waren aber durch das Fehlen einer freien öffentlichen Meinung in ihrer Entfaltung und Wirkung in die Breite behindert. Sie programmierten und agitierten zunächst nur im partei gebundenen Raum. Öffentliche Kritik an der Politik der Besatzungsmacht wurde von der Zensur nicht geduldet. Überaus schwierig war es auch für die lokalen Parteien, Verbindung mit den Wiener Zentralen aufzunehmen, ein Problem, das durch das Mißtrauen der westlichen Alliierten mit der von den Russen eingesetzten Renner-Regierung erschwert wurde. Nachdem eine Reihe von Rumpfländerkonferenzen in Salzburg im September 1945 zu einer Stabilisierung der parteipolitischen Entwicklung im Sinne der Westalliierten geführt hatte, kulminierte dieser Prozeß in den Länderkonferenzen in Wien.¹²² Die erste Länderkonferenz vom 24. bis 27. September 1945 führte nach einem von Koref vorgeschlagenen Kompromiß zu einer Regierungsumbildung, die sowohl die Westalliierten als auch die Russen befriedigte.¹²³ Der damit verbundene erhöhte Einfluß der westlichen Bundesländer wurde von den Westalliierten mit der am 1. Oktober 1945 de facto und am 20. Oktober 1945 de jure erfolgten Anerkennung der Regierung Renner honoriert. Wichtig war auch die von den Parteien erzielte Übereinstimmung über den Wahltermin, den 25. November. Die zweite Länderkonferenz vom 9. bis 11. Oktober 1945 befaßte sich mit den Vorbereitungen zu den Wahlen. Die Debatten drehten sich vor allem darum, ob die Nationalsozialisten generell vom Wahlrecht ausgeschlossen werden sollten oder ob zwischen aktiven Nationalsozialisten und Mitläufern unterschieden werden sollte. Letzten Endes wurde entschieden, daß sämtliche Mitglieder der NSDAP, auch Parteianwärter und Mitglieder der Wehrverbände SA und SS von der Wahl auszuschließen seien. Diese Entscheidung bedeutete zweifellos eine erhebliche Belastung der demokratischen Anfänge der Republik. Im Rückblick ist aber schwer einzusehen, wie man in der zur Verfügung stehenden Zeit alle Fälle hätte überprüfen können, die einen Mitläuferstatus beanspruchten. Auch war die Einstellung der Besatzungsmächte ziemlich eindeutig. Übrigens war es die ÖVP, die auf einen baldigen Wahltermin drängte, während die beiden Linksparteien für einen späteren Termin waren, da sie auf die Stimmen der heimkehrenden Kriegsgefangenen hofften.¹²⁴

Da die Wahlordnung erst am 3. Oktober 1945 von den Alliierten genehmigt wurde, hatten die Parteien nur ein paar Wochen zur Wahlwerbung zur Verfügung. Der Wahlkampf war nach allgemeiner Übereinstimmung frei von Exzessen, obwohl er hart ausgefochten wurde.¹²⁵ Neben wirtschaftlichen und häufig auch lokalen Problemen spielte die unbewältigte Vergangenheit als Wahlkampfthema eine Rolle.¹²⁶ Der ÖVP gelang es mit ihrer Parole „Freiheit, Demokratie, Unabhängigkeit“ ein Image der Mäßigung und des betont „Österreichischen“ zu projizieren, das für die Mehrheit der Wähler von 1945 glaubwürdig erschien. Auch verstand es die ÖVP geschickt,

schen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 15 (1967), 153—210.

¹²¹ Herbert Lange, Vom Agrarzentrum zur Industrie-Großstadt. Wachstum und Wandlung der Landeshauptstadt Linz. In: Oberösterreich, Jg. 14, Heft 3/4, 1964, 34—39. Auch Walter Knoglinger, Der Weg aus dem Chaos, Die Stadt Linz seit 1945. In: linz aktiv 35 (1970), 15—18.

¹²² Dazu Franz Josef Feichtenberger, Die Länderkonferenzen 1945. Die Wiedererrichtung der Republik Österreich, phil. Diss., Wien 1965; und Rauchensteiner, Sonderfall (wie Anm. 90), 120—130.

¹²³ Dazu Anton Pelinka, Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. In: Österreich, Die Zweite Republik, hrsg. v. Erika Weinzierl und Kurt Skalknik, Bd. I, Graz 1972, 173.

¹²⁴ Rudolf Neck, Innenpolitische Entwicklung. In: Österreich, Die Zweite Republik, hrsg. v. Erika Weinzierl und Kurt Skalknik, Bd. I, Graz 1972, 155.

¹²⁵ C. T. Grayson, Jr., Austria's International Position, 1938—1953, Geneva 1953, 85.

¹²⁶ Norbert Hölzl, Propagandaschlachten. Die österreichischen Wahlkämpfe 1945 bis 1971, Wien 1974, 18—27.

die Sozialisten als potentielle Kommunistenbündler darzustellen. Die SPÖ versäumte es andererseits nicht, die Ständestaat-Vergangenheit der meisten ÖVP-Kandidaten ins Spiel zu bringen. Die KPÖ verstand sich als „österreichische Volkspartei“ und versuchte die Wähler mit ihrer parlamentarischen Glaubwürdigkeit zu beeindrucken.¹²⁷ Die Kommunisten waren eine unbekannte Größe. Sie erhofften sich auf Grund ihres mit großen Opfern verbundenen Widerstandes gegen das NS-Regime ein gutes Abschneiden bei den Wahlen. Die österreichischen Wähler fanden jedoch diese Versuche der KPÖ, sich als demokratische Partei zu profilieren, wenig überzeugend. Das Wahlergebnis war für die KPÖ eine schwere Niederlage.¹²⁸ Die zweite Überraschung war der Sieg der ÖVP auf Bundesebene. Ausschlaggebend dafür war wohl die psychologische Wirkung der russischen Besatzung im Osten Österreichs, insbesondere da 64 % der Wähler Frauen waren.

Die Sozialisten hatten ihren Wahlkampf mit dem Slogan „Wir sind wieder da“ gefochten. In Linz waren sie in der Tat wieder da und errangen mit 59,59 % der Stimmen die absolute Mehrheit. Da die Ergebnisse der Nationalrats- und Landtagswahlen vom 25. November 1945 auch als Grundlage zur Verteilung der Mandate im Gemeinderat benutzt wurden, besetzte die SPÖ 36 der 60 Gemeinderatssitze (siehe Tabelle 1). Die ÖVP folgte als zweitstärkste Partei mit 36,23 % der Stimmen

Tabelle 1: Zusammensetzung des Linzer Gemeinderates 1931 — 1961 (in Prozenten und absoluten Zahlen)

Partei	1931	1946	1949	1955	1961
SD/SPÖ	53,4 32	60,0 36	43,3 26	53,4 32	53,4 32
CS/ÖVP	23,4 14	36,7 22	23,4 14	30,0 18	31,7 19
Heimwehr	8,3 5	—	—	—	—
3. Lager/GD, WdU, FPÖ	8,3 5	—	28,3 17	13,3 8	11,6 7
NS	6,6 4	—	—	—	—
KPÖ	—	3,3 2	5,0 3	3,3 2	3,3 2
	100 60	100 60	100 60	100 60	100 60

und 22 Mandaten und die KPÖ mit 4,18 % und 2 Mandaten.¹²⁹ Die Zahl der Stimmberechtigten war im Vergleich mit den Wahlen von 1949 um ungefähr 25 % niedriger, was mit dem Ausschluß der ehemaligen Nationalsozialisten vom Wahlrecht und auch der großen Anzahl gefallener oder noch nicht zurückgekehrter Soldaten erklärbar ist. Es ist auch nicht überraschend, daß über drei Fünftel der Wahlberechtigten Frauen waren. Die Wahlbeteiligung war mit 86,75 % die niedrigste im betrachteten Zeitraum von 1945 bis 1962 (siehe Tabelle 2 und 3). Historisch gesehen, war das Wahlergebnis keineswegs erstaunlich. Während der 1. Republik hatte jede Wahl in Linz eine sozialdemokratische Mehrheit oder zumindest Pluralität zur Folge gehabt und damit auch einen

¹²⁷ Heinz Gartner, *Zwischen Moskau und Österreich, Analyse einer sowjetabhängigen KP*, Wien 1979, 74–79.

¹²⁸ William B. Bader, *Austria between East and West 1945–1955*, Stanford 1966, 42–45; auch Mayrhofer, *Das politische Plakat* (wie Anm. 15), 39–41.

¹²⁹ Statistisches Jahrbuch der Stadt Linz 1946, 185–192.

Tabelle 2: Ergebnisse der Wahlen in Linz-Stadt (Wahlberechtigte, Wähler, gültige Stimmen)

Wahlen	Wahlberechtigte	Abstimmende	Nichtwähler abs. %	Ungültige Stimmen abs. %	Gültige Stimmen	Statistisches Jahrbuch
NR, LT, GR	76.092	66.011	10.081 13,25	909 1,38	65.102	52, 67
NR	102.768				98.031	52
LT	102.768	98.650	4.118 4,01	1.042 1,06	97.608	67, 55
GR	102.768	97.336	5.432 5,29	1.191 1,23	96.145	67, 55
Bundespräsident	109.505	106.435	3.070 2,80	2.365 2,22	104.070	50, 64, 70
Bundespräsident	109.505	104.844	4.661 4,26	8.766 8,36	96.078	50, 64, 70
NR	118.437	109.473	8.964 7,57	2.614 2,39	106.859	67, 62
LT	116.235	106.986	9.249 7,96	3.087 2,89	103.899	55, 67
GR	116.235	106.137	10.098 8,69	3.403 3,21	102.734	55, 67
NR	119.394	112.919	6.475 5,42	1.921 1,70	110.998	67, 56
Bundespräsident	121.763	118.955	2.808 2,31	2.726 2,29	116.229	56
NR	125.168	116.575	8.593 6,87	1.332 1,14	115.243	67, 58
LT	128.085	112.808	15.277 11,93	3.297 2,92	109.511	60, 67
GR	128.085	111.858	16.227 12,67	2.973 2,66	108.885	60, 67
NR	129.941	121.366	8.575 6,60	1.173 1,97	120.193	67

Tabelle 3: Ergebnisse der Wahlen in Linz-Stadt (Aufgeschlüsselt nach Parteien)

Wahlen	Insgesamt	SPÖ		ÖVP		VdU / FPÖ		KPÖ (VO, LS, KLS)		Andere		Stat. Jahrbuch
		abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	
NR, LT, GR	25. 11. 45	65.102		38.792	59,59	23.585	36,23	—	—	—	—	52
NR	9. 10. 49	98.031		40.740	41,56	24.054	24,54	27.774	28,33	712	0,72	52
LT	9. 10. 49	97.608		40.609	41,61	24.100	24,69	27.534	28,21	657	0,67	60
GR	9. 10. 49	96.145		40.731	42,36	23.054	23,98	27.036	28,12	600	0,63	60
Bundespräs.	6. 5. 51	104.070		42.636	40,97	27.514	26,44	27.620	26,54	642	0,61	50
Bundespräs.	27. 5. 51	96.078		58.870	61,28	37.208	38,72	—	—	—	—	50
NR	22. 2. 53	106.859		53.389	49,96	29.800	27,89	17.565	16,43	517	0,48	52, 60
LT	23. 10. 55	103.899		53.002	51,01	31.373	30,20	14.122	13,59	—	—	55
GR	23. 10. 55	102.734		53.280	51,86	30.283	29,48	14.197	13,82	—	—	55
NR	13. 5. 56	110.998		57.700	51,98	37.648	33,92	11.102	10,00	—	—	60
Bundespräs.	5. 5. 57	116.229		69.633	59,91	46.596	40,09	—	—	—	—	56
NR	10. 5. 59	115.243		61.478	53,35	36.452	31,63	13.026	11,30	—	—	58, 62
LT	22. 10. 61	109.511		55.296	50,49	36.620	33,44	13.745	12,55	—	—	60
GR	22. 10. 61	108.885		57.170	52,51	33.860	31,10	13.931	12,79	—	—	60
NR	18. 11. 62	120.193		63.198	52,58	39.947	33,24	11.658	9,70	1.195	0,99	62

sozialdemokratischen Bürgermeister. Die ÖVP als einzige lizenzierte bürgerliche Partei profitierte von der fehlenden bürgerlichen Konkurrenz, die die Christlichsozialen in der Zwischenkriegszeit bei 20 bis 30 % der Stimmen verharren ließ, ihr jedoch 1945 36 % brachte. Die Kommunisten, die bei den letzten freien Gemeinderatswahlen 1931 nur rund 700 Stimmen (1,11 %) und kein Mandat errangen, erlebten einen bescheidenen Aufschwung auf 2.725 Stimmen, der ungefähr die Abwanderung der radikalen Sozialdemokraten von 1933 an gleichkam.

Die Sozialisten errangen auch einen großen Sieg bei den Betriebsratswahlen in den ehemaligen Hermann-Göring-Werken im Dezember 1945, wobei für die sozialistische Liste 1.925 Stimmen abgegeben wurden, während die sogenannte demokratische Einheitsliste, die sich aus Kandidaten der ÖVP und der KPÖ zusammensetzte, nur 314 Stimmen erzielte.¹³⁰ Inzwischen hatten sich auch die Verhältnisse in der Kammer für Arbeiter und Angestellte geklärt. Dort fanden keine Wahlen statt, aber die Parteien einigten sich nach schwierigen Verhandlungen im November 1945 auf die folgende Verteilung von 108 Mandaten: 68 für die SPÖ, 24 für die ÖVP und 16 für die KPÖ.¹³¹

Inmitten der drängenden Probleme der Versorgung und des Wiederaufbaus hielt der Linzer Gemeinderat seine konstituierende Sitzung am 8. April 1946 ab.¹³² Seine erste Amtshandlung war eine Bejahung des Österreichertums als Antithese zum Nationalsozialismus durch eine neue Eidesformel für die Gemeinderäte. Wurden sie in der Zwischenkriegszeit noch dazu angehalten, den „deutschen Charakter der Stadt Linz zu wahren“, legte sie die neue Formel auf die Verteidigung des österreichischen Charakters der Stadt fest.¹³³ Daß die antinationalsozialistische und antideutsch-preussische Haltung aller drei lizenzierten Parteien eine solide Basis für die politische Zusammenarbeit darstellte, konnte im Jahre 1946 wohl kaum bezweifelt werden. Auch brachte die These von Österreich als „erstem Opfer des Hitlerfaschismus“ einige Vorteile in der politischen Auseinandersetzung mit den Besatzungsmächten. Wer aber nun von den drei Parteien die „sauberste“ demokratische Tradition nachweisen konnte, war eine Frage, die im Interesse der Zusammenarbeit im Gemeinderat nicht diskutiert wurde. Wie es Koref delikant in seinen Memoiren ausdrückte, mußte man damals „mit den durch den Ablauf der Geschichte belehrten Demokraten gemeinsame Sache machen.“¹³⁴

Koref wurde einstimmig zum Bürgermeister gewählt. In seiner Doppelrolle war er einerseits erster Mann seiner Partei in der Stadt und im Lande Oberösterreich, andererseits mußte er als über den Parteien stehender ausgleichender Repräsentant der Stadt fungieren. Da die gemeinsame Not die Zusammenarbeit der Parteien erzog und die internationale Situation sie auch noch nicht ernstlich gefährdete, war Korefs Aufgabe, Einigkeit im Gemeinderat zu erzielen, zunächst nicht übermäßig schwierig. Die Machtkämpfe zwischen West und Ost und Spannungen zwischen Sozialisten und der Volkspartei sowie zwischen Wien und den Bundesländern spielten sich noch auf höheren Ebenen ab. Auch die Zusammenarbeit mit den Kommunisten war zur Zeit der konstituie-

¹³⁰ Koref, *Gezeiten* (wie Anm. 9), 328.

¹³¹ Rausch — Lotteraner, *Aufbruch* (wie Anm. 99), 53.

¹³² Rein rechtlich gab es einige Unsicherheiten, welches Gemeindestatut nunmehr in Kraft war, das vorläufige Gemeindegesetz vom 10. Juli 1945, das Reichsgemeindegesetz 1862, das Stadtrecht 1935 oder das Gemeindestatut 1931. Erst im Juli 1948 wurde das Gemeindestatut von 1931 rückwirkend mit 1. Jänner 1946 wieder eingeführt. Dazu Bart — Puffer, *Gemeindevertretung* (wie Anm. 17), 50f.

¹³³ ASiL, GPR 8. April 1946.

¹³⁴ Koref, *Gezeiten* (wie Anm. 9), 282. In einer Rede im Nationalrat ließ dann Koref allerdings keinen Zweifel darüber, daß nur die Sozialdemokraten eine ununterbrochene demokratische Tradition aufwiesen *als kompromißlose Vorkämpfer gegen den Faschismus jeder Couleur*. Siehe Stenographische Protokolle des Nationalrats, 28. Sitzung, 24. Juli 1946, 595. Diese bemerkenswerte Rede ist auch wiedergegeben in Gedanken zur Zeit, Reden von Dr. Ernst Koref. Gehalten vor dem Nationalrat und dem Bundesrat der Republik Österreich, Linz 1981, 17—21.

renden Versammlung noch zufriedenstellend, was sich in einer vom Gemeinderat beschlossenen Erhöhung der Stadtratssitze von sechs auf sieben manifestierte, um auch der KPÖ einen Sitz zu ermöglichen. Allerdings wurden die Kommunisten mit dem nicht gerade erstrebenswerten Wohnungsreferat betraut.¹³⁵ In der ÖVP waren im Gemeinderat die demokratischen Kräfte und jene, die sich im Widerstand gegen den Nationalsozialismus ausgezeichnet hatten, vorherrschend. Es war kein Zufall, daß mit Vizebürgermeister Mitterbauer ein von den Nazis schwer verfolgter Funktionär der christlichen Arbeitergewerkschaft das Grundsatzreferat für die ÖVP hielt. In dieser „französischen“ Periode der ÖVP gab er sich dann auch schon beinahe sozialistisch-positiv zur Kommunalisierung und Verstaatlichung.¹³⁶ „Man soll sich überlegen, ob die ESG weiterhin noch ausschließlich privatwirtschaftlich geführt werden soll“,¹³⁷ Die Rede Mitterbauers war im Einklang mit den programmatischen Leitsätzen der ÖVP, die bereits Mitte Juni 1945 in Wien verkündet wurden und durchaus anerkannten, daß die wirtschaftliche Situation eine Ausweitung des staatlichen und gemeinwirtschaftlichen Bereichs notwendig machte und darüber hinaus innerhalb der bündischen Struktur der Volkspartei den christlichen Gewerkschaften Konzessionen gemacht werden mußten.¹³⁸ Allerdings klingen auch die spezifischen Probleme der ÖVP durch, wonach sich die nach christlichen Grundsätzen ausgerichtete Sammelpartei zur Vertretung der kommunalen Bedürfnisse aller Stände dieser Stadt berufen fühlte.¹³⁹ Nicht überraschend kam es, daß die kommunistischen Vertreter große wirtschaftsdemokratische Ziele hatten und neben der Kommunalisierung der ESG auch die von Molkereien und von belasteten Nazibauunternehmen forderten. Ihr durch den Wahlausgang geminderter Einfluß konnte aus ihrer kräftigen Rhetorik nicht ersehen werden.

Der Kurs der SPÖ in Linz war von den gemäßigten Elementen bestimmt. Es war der gemäßigte, betont katholische Sozialist Scherleitner, der die Grundsatzrede der Partei hielt und nicht Gebhardt, der als Vertreter der im Widerstand aktiven Revolutionären Sozialisten gelten konnte. Scherleitner als Finanzexperte der SPÖ reflektierte natürlich auch die Priorität, die die Stabilisierung der städtischen Wirtschaft im sozialistischen Programm hatte. So forderte Scherleitner u. a. die auf die NS-Gesetzgebung zurückgehende Belassung der Steuerhoheit für die Stadt und verwahrte sich gegen eine Rückkehr zum Abgabenrecht vor 1934. Der Wiederaufbau sollte durch

¹³⁵ In Linz gab es zum Unterschied von Wien keine amtsführenden Stadträte. Das Linzer Gemeindestatut kennt zwar ständige Referenten, die in ihrem Geschäftsbereich ein grundsätzlich unbeschränktes Informations- und Einsichtsrecht hatten; das Weisungsrecht für die gesamte Stadtverwaltung lag hingegen beim Bürgermeister, was seine beinahe unumschränkte Autorität unterstreicht.

¹³⁶ Die „französische“ Periode der ÖVP bezieht sich auf die M.R.P. (Mouvement Populaire Republicain), eine damals überwiegend fortschrittliche katholische Massenpartei in Frankreich, die wirtschaftsdemokratische Zielvorstellungen vertrat, wie etwa die Verstaatlichung der Bodenschätze, großer Verkehrsbetriebe und der größten Banken- und Versicherungsgesellschaften, die Enteignung von Kollaborateuren, die Einrichtung wirtschaftlicher Planungsinstrumente des Staates, die Beteiligung der Gewerkschaften an der Aufsicht über die verstaatlichten Unternehmungen und die gesetzliche Absicherung der Betriebsräte. Siehe Skalik, Parteien (wie Anm. 105), 208.

¹³⁷ ASL, GPR 8. April 1946.

¹³⁸ Siehe Klaus Barchold, Hrsg., Österreichische Parteiprogramme 1868—1966, München 1967, 376—379. Eine besonders positive Haltung zur Verstaatlichung ist ersichtlich aus dem „Wiener Programm“ des ÖAAB, das am 9. Februar 1946 beschlossen wurde. So heißt es dort, daß Fragen der unmittelbaren wirtschaftlichen Tätigkeit von öffentlichen Körperschaften „nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit von Fall zu Fall fachlich zu lösen sind. Es ist durchaus möglich, daß manche Wirtschaftszweige wie bestimmte städtische Versorgungsbetriebe, Verkehrsanlagen . . . zweckmäßiger von der öffentlichen Hand betrieben werden als von Einzelgesellschaften und Einzelunternehmen.“ Siehe Alois Brusatti, Entwicklung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. In: Österreich, Die Zweite Republik, Bd. 1, 505—506.

¹³⁹ ASL, GPR 8. April 1946.

eine progressiv gestaffelte Vermögenssteuer finanziert, die Vollbeschäftigung durch eine strikte Ablehnung einer deflationistischen Währungspolitik gesichert werden.¹⁴⁰ In bezug auf das NS-Problem wurden vom Vertreter der ÖVP schärfste Maßnahmen besonders gegen NS-Aktivisten gefordert. Sie sollten aus dem Steuergroschen der Stadt keine Vorteile ziehen und durch Sonderabgaben zur Schadensgutmachung herangezogen werden.¹⁴¹ Insgesamt gesehen, kann man wohl generalisieren, daß ein breiter Antifaschismus und relativ gemäßigter Antikapitalismus die drei Parteien in Linz auf eine reformistische Politik fixierte, in der nicht so sehr die Endziele dominierten, sondern die Sachzwänge, die sich aus den Versorgungsproblemen und der militärischen Besatzung ergaben und somit die ideologischen Fragen überschatteten. Dieser Konsens schloß die Kommunisten zunächst ein.¹⁴²

In mancher Hinsicht war das erste Jahr nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus leichter zu bewältigen als die immense Depression, die von etwa Mitte 1946 bis Mitte 1947 andauerte und den Katastrophenwinter 1946/47 einschloß. So überwältigend waren die Erfordernisse des Tages unmittelbar nach der Befreiung, daß keine Zeit für pessimistische Betrachtungen verblieb. *Primum vivere, deinde politicare* war das Motto, dem auch in Linz alle unterworfen waren. Wie Koref ausführte, war im ersten Jahr keine Zeit für ruhige, überlegende Beratungen. Im bestehenden verwaltungsmäßigen Interregnum mußte mangels gesetzlicher Grundlagen das Recht nach eigenem Ermessen stündlich geschaffen werden.¹⁴³ Das mag vom Standpunkt bürokratischer Prinzipien beklagenswert gewesen sein, doch wurden auch improvisatorische Energien freigesetzt, die es der Stadt innerhalb kurzer Zeit ermöglichten, erstaunliche Leistungen auf dem Gebiet des Wiederaufbaus vorzuweisen. Das Stadtbauamt war zügig mit der Beseitigung des Bombenschuttes beschäftigt. Im Herbst 1945 war der ärgste Schutt bereits entfernt. Die Stadtwerke arbeiteten auf Hochtouren an der Reparatur des 240 km langen Rohrnetzes, um etwa 300 Rohrbrüche zu beseitigen. Der Wirtschaftshof leistete, obwohl selbst schwer beschädigt, einen ansehnlichen Beitrag zur Versorgung der Stadtbevölkerung mit Brennmaterial. Anfänge in der Wiederherstellung der Straßenbeleuchtung wurden gemacht und der Straßenbahnverkehr war auf dem Wege allmählicher Restauration. Die Schuttperiode hatte jedenfalls im Sommer 1946 bereits ihren Höhepunkt überschritten.¹⁴⁴

Auch viele Probleme der schwer angeschlagenen Großbetriebe wurden an die Stadtverwaltung herangetragen, die dann ihrerseits mit den amerikanischen Militärbehörden diese Probleme zu diskutieren hatte, um sie Lösungen zuzuführen, die sowohl zum Gedeihen der Stadt beitrugen als auch in den Rahmen der amerikanischen Besatzungspolitik paßten.¹⁴⁵ Daß diesen Bemühungen Korefs, die Großbetriebe wieder aufzubauen, gewisse traditionelle rückwärtsgewandte Linzer Wirtschaftskreise augenscheinlich lethargisch gegenüberstanden, soll nicht verschwiegen werden.¹⁴⁶ Die amerikanische Regierung hatte sich jedoch von Anfang an mit großer Vehemenz zum

¹⁴⁰ AStL, GPR 8. April 1946. Über die zusätzlichen Steuererhebungsrechte der Gemeinden zwischen 1938 und 1945, die sie nicht aufgeben wollten, siehe Christa Altenstetter, *Der Föderalismus in Österreich*, Heidelberg 1969, 82.

¹⁴¹ AStL, GPR 8. April 1946. Allerdings wollten auch die Sozialisten von Anbeginn an eine Unterscheidung zwischen Aktivisten und Mitläufern. Siehe z. B. eine Rede Korefs im Dezember 1945 im Nationalrat, in der er forderte, die sogenannten Unbelasteten zum gegebenen Zeitpunkt wieder in das demokratische Getriebe einzubauen. Koref, *Gezeiten* (wie Anm. 9), 283.

¹⁴² Bezeichnenderweise ergab sich als einziger Konfliktpunkt zwischen ÖVP und SPÖ in Linz die ÖVP-Forderung, von weiteren Eingemeindungen abzusehen. Siehe AStL, GPR 8. April 1946.

¹⁴³ AStL, GPR 13. Mai 1946.

¹⁴⁴ Lange, *Leben in Linz* (wie Anm. 99).

¹⁴⁵ AStL, GPR 13. Mai 1946; auch Koref, *Gezeiten* (wie Anm. 9), 262.

¹⁴⁶ Siehe Margarethe Bittner, *Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von Linz*, rer. pol. Diss., Innsbruck 1956, 108.

Anwalt des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Österreichs gemacht, eine Haltung, von der Linz wesentlich profitieren sollte. Als die Stadt Linz im Juli 1946 an General Mark Clark die Ehrenbürgerwürde verlieh, wurde speziell auf seine erfolgreichen Bemühungen hingewiesen, die Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke in die österreichische Verwaltung zu übergeben.¹⁴⁷ Der Gemeinderat erfüllte damit eine wesentliche Funktion als öffentliche Tribüne, in der einer an die Besatzungsmächte adressierten Erklärung erhöhtes politisches Gewicht verliehen wurde. Der Anlaß für diese Demonstration proamerikanischer Sympathien war der Befehl Nr. 17 des sowjetischen Hochkommissars, das deutsche Eigentum der direkten sowjetischen Verwaltung zu unterstellen. Die Reaktion darauf war einerseits das erste österreichische Verstaatlichungsgesetz, das ja Linz durch die VÖEST und die Stickstoffwerke besonders betraf, und andererseits der Verzicht der Westmächte auf das in ihren Zonen gelegene deutsche Eigentum. Hier war es gerade General Clark, der die US-Regierung überzeugen konnte, demonstrativ der österreichischen Regierung die Treuhandschaft über das in der US-Zone gelegene deutsche Eigentum zu übertragen und die Demontagen, die in Linz noch immer durchgeführt wurden, einzustellen.¹⁴⁸

Angesichts der tristen Verhältnisse war der Aufbauwille der Bevölkerung, der Parteien und der Stadtverwaltung geradezu erstaunlich und wohl nicht nur von der existentiellen Not der Stunde diktiert. Als tiefere Motivation hatte er den positiven politischen Glauben an die Lebensfähigkeit Österreichs.¹⁴⁹ Der Aufbauwille zeigte sich auch in der ersten Budgetdebatte, die von seltener Einmütigkeit war.¹⁵⁰ Im Vergleich mit dem Wiener Gemeinderat sind pessimistische Bemerkungen, die Enttäuschung über das Tempo des Wiederaufbaues und Ressentiments gegen die Besatzung im ersten Jahr nach der Befreiung keineswegs sehr ausgeprägt.¹⁵¹ Das hängt natürlich auch damit zusammen, daß die Versorgungslage in Oberösterreich dank amerikanischer Zuschüsse etwas besser als in Wien war. Dazu kam noch, daß nach den anfänglichen Härten und Mißverständnissen die lokalen militärischen Größen sich immer mehr mit der Wohlfahrt ihres Befehlsbereichs identifizierten.¹⁵² Die amerikanischen Lieferungen und der milde Winter 1945/46 ermöglichten es den Linzern, halbwegs zu überleben.¹⁵³ Mit Juni 1946 begann auch das Hilfsprogramm der Vereinten Nationen (UNNRA) in Österreich anzulaufen, das zum überwiegenden Teil aus Lebens-

¹⁴⁷ AStL, GPR 31. Mai 1946. Übrigens bedurfte es zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft an einen Ausländer einer Änderung des Gemeindestatuts. Weitere Ehrenbürgerrechtsverleihungen erfolgten an Oberst Hanna und Generalmajor Harry J. Collins. AStL, GPR 8. April 1947 und GPR 3. Juni 1948.

¹⁴⁸ Siehe Rauchensteiner, Sonderfall (wie Anm. 90), 179–182.

¹⁴⁹ Allerdings soll auch nicht verschwiegen werden, daß sich ein Teil der Bevölkerung einer hemmungslosen Vergnügungssucht hingab, wie von der Vergnügungssteuer abgelesen werden kann, die als einzige eine aufsteigende Tendenz zeigte. AStL, GPR 31. Juli 1946.

¹⁵⁰ AStL, GPR 31. Juli 1946.

¹⁵¹ Über Wien nach 1945 siehe Eric C. Kollman, Theodor Körner. Militär und Politik, München 1973, 282–297.

¹⁵² So gab es beispielsweise einen regelrechten Wettstreit zwischen den Militärregierungen von Oberösterreich und Salzburg, ihr Bundesland am besten zu versorgen. Für Wien fiel da nicht viel ab. General Mark Clark mußte manchmal energisch gegen diesen Regionalpatriotismus seiner Untergebenen einschreiten. Siehe dazu Rauchensteiner, Sonderfall (wie Anm. 90), 157f.; Grayson Jr., Austria's International Position (wie Anm. 125), 104.

¹⁵³ Wie unterschiedlich die Witterung in den ersten drei kritischen Nachkriegswintern war, kann aus den Monatsmitteln von Hörsching und Kremsmünster (Temperatur in Celsiusgraden) abgelesen werden.

Nov. 1945	+3,1	Nov. 1946	+2,6	Nov. 1947	+5,3
Dez.	+0,3	Dez.	–2,6	Dez.	+1,0
Jän. 1946	–4,1	Jän. 1947	–6,7	Jän. 1948	+2,3
Febr.	+2,2	Febr.	–5,3	Febr.	+1,1
März	+5,0	März	+3,6	März	+5,8

Siehe Statistisches Jahrbuch der Stadt Linz 1947/1948, 16–17.

mittelimporten bestand.¹⁵⁴ Natürlich war auch der Linzer Normalverbraucher von der Ende März 1946 beginnenden allgemeinen Nahrungsmittelkrise betroffen. Im März war der Kaloriensatz in Linz noch mit 1570 bemessen, im April mußte er um 300 gekürzt werden. Dies änderte sich kaum bis Oktober. Als aber im November 1946 für die amerikanische Besatzungszone in Deutschland ein Kaloriensatz von 1550 bekanntgegeben wurde, mußten sich die österreichischen und die Besatzungsbehörden der allgemeinen Empörung beugen und die täglichen Kalorien auf das deutsche Niveau anheben. Durch die schlechte Ernte des Jahres 1946 stagnierte aber die Versorgung bis Anfang 1948.¹⁵⁵

Der gemäßigte Optimismus, der für das erste Nachkriegsjahr in Linz bezeichnend war, wurde nun von einer gewissen Verzweiflung und Unzufriedenheit abgelöst. Sie war durch die prekäre Ernährungslage, den Schreckenswinter 1946/47, auf den man nicht vorbereitet war, die Märzkatastrophe von 1947, die zu einem vorübergehenden Zusammenbruch der Energieversorgung führte, und durch die von den Besatzungsmächten geforderte Verhärtung der Entnazifizierungspolitik gespeist. Es bestand die große Gefahr, daß all dies der Demokratie in die Schuhe geschoben werden würde. Daher sah sich Bürgermeister Koref veranlaßt, einen beschwörenden Appell an alle Gemeinderäte zu richten, doch der Bevölkerung klar zu machen, daß die Schwierigkeiten nicht der Demokratie angelastet werden dürften.¹⁵⁶ Dem Durchschnittslinzer stellten sich Zweifel an der Effizienz und Glaubwürdigkeit der Demokratie besonders in zwei Bereichen, nämlich der Lebensmittelaufbringung und der Entnazifizierung. Die Versorgungskatastrophe 1946/47 warf ein schlechtes Licht auf die Demokratie, da ja während der NS-Zeit, zum Teil wegen der drakonischen Strafen gegen Wirtschaftsvergehen, die Nahrungsmittelbeschaffung im großen und ganzen funktioniert hatte. Nun konnte man aber in einer Demokratie z. B. Schwarzschröcker kaum mit der Todesstrafe bedrohen. Die Landwirte profitierten denn auch weidlich von den milden Zwangsbestimmungen nach Mai 1945 und sanierten sich auf Kosten der Stadtbevölkerung.

Auch die Lösung der Nazifrage erwies sich als „drückendes Bleigewicht“.¹⁵⁷ Das Problem war nicht so sehr die Bestrafung von direkten NS-Verbrechen, die allgemeine Zustimmung fand, sondern die Strafbarkeit einer nur formellen Bindung an den Nationalsozialismus. Eine Bestrafung solcher „Formaldelikte“ beruhte auf dem Prinzip der Kollektivschuld. Gerade dies lehnten aber alle politischen Parteien ab. Koref war sich der Problematik durchaus bewußt. „Die Rechtstheorie und die Rechtsphilosophie konnten sich in einer solchen Situation nicht durchsetzen.“¹⁵⁸ Die Ablehnung der Kollektivschuld und eine individuelle Behandlung hätte dem Prinzip des Rechtsstaates entsprochen. Andererseits war eine breit angelegte Entnazifizierung innenpolitisch, aber besonders außenpolitisch geboten. Mitte 1946 war man bereits zur Einsicht gelangt, daß eine schnelle, radikale Lösung der NS-Frage, die sowohl antinazistische Österreicher wie die Nationalsozialisten selbst erwarteten, besser gewesen wäre als ein lang hinausgezogener Prozeß, eine Lösung, in der Bäume und Gaskandelaber eine gewisse Rolle gespielt hätten, wie es Koref ausdrückte.¹⁵⁹ Da aber die Besatzungsmächte mehr an Stabilität als an Revolution interessiert waren, wurde die Entnazifizierung zunächst einmal in der Form eines administrativen-bürokratischen Dirigismus durchgeführt, was ironischerweise einer alten österreichischen Praxis, dem Josefinismus, entsprach.

¹⁵⁴ Siehe dazu George Woodbridge, UNNRA, The History of the United Nations Relief and Rehabilitation Administration, Vol. II, New York 1950, 295–320.

¹⁵⁵ Erst im Frühjahr 1948 erreichten die Kaloriensätze für den Normalverbraucher wieder die Höhe vom März 1946. Dazu Statistisches Jahrbuch der Stadt Linz 1946, 131 und 1947/48, 101.

¹⁵⁶ AStL, GPR 20. Dezember 1946.

¹⁵⁷ Koref, Gezeiten (wie Anm. 9), 283.

¹⁵⁸ Stenographische Protokolle des Nationalrats, 79. Sitzung, 21. April 1948, 2247.

¹⁵⁹ Stenographische Protokolle des Nationalrats, 28. Sitzung, 24. Juli 1946, 594.

Im Februar 1946 übertrugen die Besatzungsmächte die gesamte Entnazifizierung der österreichischen Regierung, die nunmehr versuchte, die Entnazifizierungsgesetze von 1945 in ganz Österreich anzuwenden. Dieser Versuch erwies sich als Fehlschlag, da die individuelle Behandlung von über 500.000 registrierten Nationalsozialisten praktisch undurchführbar war.¹⁶⁰ Die politischen Parteien waren bereit, die Entnazifizierung nach den Erfordernissen des Wiederaufbaus der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung flexibel zu handhaben. Um dem rechtsstaatlichen Dilemma zu entkommen, eine ständige Gruppe von Staatsbürgern zweiter Klasse zu schaffen, kamen die Parteien Ende März 1946 überein, das NS-Problem möglichst rasch durch eine Massenbehandlung zu liquidieren. Dies war das Hauptziel des NS-Gesetzes von 1947. Als Verfassungsgesetz brauchte es die Einstimmigkeit im Alliierten Rat. Diese konnte nur durch eine wesentliche Verschärfung der Entnazifizierungsbestimmungen erreicht werden.¹⁶¹ Die rasche Wiederintegration der Masse der ehemaligen Nationalsozialisten scheiterte an der außenpolitischen Konstellation, in der die Entnazifizierung zunehmend zum Instrument der weltpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West wurde. Als *gerechte Richter und gute Erzieher, moderne Pädagogen — die dem Geist der Prügelmethoden und dem Polizeigeist abhold sind* sollte man die NS-Frage behandeln und *niemanden, der guten Willens ist, soll der Weg verrammelt werden, es sei denn, er habe sich diesen selbst durch seine eigene Haltung für immer verschüttet*.¹⁶² Die versöhnlichen und gemäßigten Worte Korefs waren zur Wirkungslosigkeit verurteilt. Obwohl die Russen wohl die am stärksten treibende Kraft für die Verschärfung des Gesetzes waren, standen ihnen Amerikaner und Franzosen nicht viel nach. Als Mitte Dezember 1946 der Alliierte Rat der österreichischen Regierung das Nationalsozialistengesetz mit 50 verschärfenden Änderungen zur Behandlung im Nationalrat übergab, trug dies zu einer Vertiefung der moralischen Krise der von Hunger und Kälte gepeinigten Bevölkerung bei.¹⁶³ Das im Februar 1947 beschlossene Gesetz wurde denn auch von der Mehrheit der Bevölkerung als ein Oktroi aufgefaßt. In den folgenden zwei Jahren fanden die österreichischen Politiker allerdings Mittel und Wege, dem NS-Gesetz von 1947 die Spitze zu nehmen. Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß im kritischen zweiten Jahr der Besatzung die unglückliche Behandlung der Entnazifizierungsfrage durch die Besatzungsmächte als schwere Belastung für die moralische und wirtschaftliche Gesundung und im weiteren Sinne für die Demokratie angesehen wurde. Die Besatzungsmächte förderten durch ihre Entnazifizierungspolitik das Entstehen einer „Leidensgemeinschaft“ aller Nazis, großer wie kleiner, die sich einer gewissen Sympathie bei der nichtbelasteten Bevölkerung erfreute. Bei der Wahl 1949 wirkte sich dies politisch aus, als aus den Mitläufern der NSDAP die Partei der Mitläufer wurde.

Waren nun Deklassierung, Wohnungsnot, Spannungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen bzw. Flüchtlingen Ursachen für eine schwere soziale Krise, so beschleunigte die Lähmungskrise von 1947 auch die Formulierung eines amerikanischen Hilfsprogramms. Die Ankündigung des Marshall-Plans anfangs Juni 1947 — überdies verbunden mit einer Überbrückungshilfe, an der auch Österreich kräftig partizipieren sollte — und der im Juli 1947 erfolgte Verzicht der Amerikaner auf Beitragsleistungen zu den Besatzungskosten wirkten sich günstig auf die Moral der

¹⁶⁰ Die Amerikaner hatten von allen Besatzungsmächten die strengsten Entnazifizierungsmaßnahmen ergriffen. In ihrer Zone ist das Scheitern der Entnazifizierungspolitik am offensichtlichsten. Bei der Übergabe der Verantwortung an die österreichische Regierung hatten sie erst ein Drittel von rund 80.000 Fragebogen bearbeitet. Siehe Stiefel, Entnazifizierung (wie Anm. 94), 34.

¹⁶¹ Stiefel, Entnazifizierung (wie Anm. 94), 295f.

¹⁶² Stenographische Protokolle des Nationalrats, 28. Sitzung, 24. Juli 1946, 595–597.

¹⁶³ Oberösterreich wurde davon besonders schwer betroffen. Es war das einzige Bundesland, in dem sich die Zahl der Registrierten unter dem neuen Gesetz von 79.777 auf 82.295 erhöhte. Siehe Stiefel, Entnazifizierung (wie Anm. 94), 115.

Bevölkerung und das Bundesbudget aus.¹⁶⁴ Allerdings waren mit der leidigen Währungsfrage, mit dem enttäuschenden Ergebnis der Moskauer Konferenz von April 1947 wegen des Staatsvertrages, mit der zu erwartenden schlechten Ernte, mit der Frage der Energieversorgung und der dringend nötigen Regelung auf dem Lohn- und Preissektor noch genügend Unsicherheitsfaktoren präsent.¹⁶⁵ Daß es gelang, diese Periode größter Depression zu meistern, ist eine Leistung, die heutzutage kaum mehr richtig eingeschätzt werden kann.

Entscheidend wirkte sich die Konvergenz der amerikanischen und österreichischen wirtschafts- und ordnungspolitischen Prioritäten aus. Primäres Ziel der Amerikaner war es, die westeuropäische Wirtschaft wieder aufzubauen, um so die eigene Wirtschaftsmacht zu erhalten und zu steigern. In der Wahl ihrer Instrumente zeigten sie sich durchaus pragmatisch. In manchen Ländern unterstützten sie konservative und liberale Parteien, in Österreich die ÖVP aber auch die Sozialisten, solange sich ihr Reformeifer bezüglich des Kapitalismus in keineswegs eng gesteckten Grenzen hielt.¹⁶⁶ Zwar hatte sich die SPÖ 1947 ein neues Parteiprogramm gegeben, in dem es u. a. hieß, daß „der Klassenkampf der Arbeiter zum Kampf aller arbeitenden Schichten für die Umwälzung des gegenwärtigen Systems der gesellschaftlichen Unsicherheit und für eine neue sozialistische Ordnung der Gesellschaft“ transformiert worden sei. Aber augenfälliger waren doch die Passagen, die sich mit der Stabilisierung und Modernisierung der Wirtschaft beschäftigten und im Gegensatz zum Parteiprogramm von 1926 sich von einer Diktatur in jedweder Form distanzieren.¹⁶⁷ Einige Formulierungen, wie etwa die wirtschaftlichen Kräfte voll zu entfalten, zerstörte und demontierte Industrie- und Verkehrsanlagen nach den neuesten technischen Errungenschaften aufzubauen, verstärkte Verstaatlichung vor allem der Schlüsselindustrie, ohne diese näher zu identifizieren, Steigerung der industriellen Produktion, Ausbau der Donauhäfen, standen durchaus nicht im Widerspruch mit dem amerikanischen Ziel der Investitionsförderung von aufbaurelevanten Industrien. In der Tat hatten die amerikanischen Besatzungsbehörden bereits vor Anlaufen des Marshall-Plans wichtige Vorentscheidungen im Bereich der verstaatlichten Industrie getroffen als sie z. B. darauf bestanden, die VÖEST von der Zahlung der Gewerbesteuer zu befreien oder zumindest die Steuern zu stunden, eine Politik, die dann vom Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wiederaufbau fortgesetzt wurde.¹⁶⁸ Entscheidend waren eben Produktion und Vollbeschäftigung, nicht Konsum.

Mit einer amerikanischen Politik, die sich so positiv zur Verstaatlichung stellte, konnten sich die bestimmenden Kräfte in der SPÖ und der ÖVP einverstanden erklären und das waren in Linz wie auf nationaler Ebene der rechte Flügel der SPÖ und der linke Flügel der ÖVP. Diese Ausrichtung auf den Westen bei den Großparteien war durchaus im Einklang mit der allgemeinen Stimmung der Bevölkerung, die ihre Hoffnungen auf erhöhte amerikanische Hilfsmaßnahmen setzte. Da

¹⁶⁴ Zum Marshall-Plan allgemein John Gimbel, *The Origins of the Marshall Plan*, Stanford 1976.

¹⁶⁵ So beschäftigten sich zwei Gemeinderatssitzungen fast ausschließlich mit der Brennstoffversorgung. ASL, GPR 7. November 1947 und 24. November 1947.

¹⁶⁶ Siehe dazu etwa Dorte Winkler, *Die amerikanische Sozialisierungspolitik in Deutschland 1945–1948*. In: *Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland, 1945–1953*, hrsg. v. Heinrich August Winkler, Göttingen 1979, 109. Dieser Sammelband ist ein ausgezeichnetes Korrektiv zu der auch von manchen österreichischen Politikwissenschaftlern vertretenen revisionistischen These, daß die amerikanische Politik in den Jahren 1946/47 ausschließlich von der Furcht vor jeglichen sozialistischen Tendenzen beherrscht war. Siehe dazu Rudolf G. Ardelt — Hanns Haas, *Die Westintegration Österreichs nach 1945*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 4 (1975).

¹⁶⁷ Dazu Aktionsprogramm der Sozialistischen Partei Österreichs. In: Ernst Winkler, *Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme*, Wien 1971, 70–80; Felix Kreissler, *Die Entwicklung der SPÖ in ihren Programmen und in ihrer Politik: Vom Austromarxismus zum „Austrosozialismus“* (1945–1973). In: *Geschichte und Gesellschaft*, Linz 1974, 209–246.

¹⁶⁸ ASL, GPR 13. Februar 1947 und 14. Juli 1947.

die Sowjetunion im Anlaufen der längerfristigen amerikanischen Hilfslieferungen eine Bedrohung ihrer Position sah und die österreichischen Kommunisten sich einer kritiklosen Haltung gegenüber der Sowjetunion befleißigten, führte dies zur totalen Isolierung der KPÖ, ersichtlich auch aus den Debatten im Linzer Gemeinderat. Die Ansätze zur Kollaboration zwischen Sozialisten und Kommunisten waren von Anfang an sehr begrenzt, da in Linz die Rechtssozialisten dominierten und die Linkssozialisten keine Rolle spielten.¹⁶⁹ Zwar wurden den Kommunisten von den Sozialisten kleine Konzessionen gemacht, um die Sowjetunion nicht unnötig zu verärgern.¹⁷⁰ Mehr und mehr mußten jedoch die Kommunisten erkennen, daß sie trotz ihrer Anstrengungen, loyales konkordanzdemokratisches Verhalten zu beweisen, von den Entscheidungen ausgeschlossen wurden. So beklagte sich z. B. der KPÖ-Stadtrat Rammerstorfer bitter darüber, daß die Gemeinderatsausschüsse nicht dazu herangezogen würden, um das Budget zu erarbeiten, sondern nur ein Schattendasein führten.¹⁷¹ Der Schluß ist unvermeidlich, daß auch in Linz die Isolierung der KPÖ bereits vor der langfristigen wirtschaftspolitischen Westintegration durch den Marshall-Plan, das Währungsschutzgesetz und das Lohn- und Preisabkommen begann.¹⁷² Angesichts der sich 1947 rapide verschlechternden Ost-West-Beziehungen wurde die KPÖ zur Rolle der beinahe absoluten Opposition gegen die Großparteien verurteilt — manche sprechen sogar von einer veritablen Ghettoisierung¹⁷³ — in der sie als der verlängerte Arm der Sowjetunion, als „Russenpartei“ oder als „Hausknechte“ der russischen Besatzung abgestempelt wurde. Als Kommunisten ihre zunehmende Isolierung mit einem Verbalradikalismus kompensierten, wurde ihnen mit gleicher Münze zurückgezahlt. Wurde anfangs 1947 noch milde bemerkt, daß der KPÖ wohl noch gewisse Kinderkrankheiten der Demokratie anhafteten,¹⁷⁴ wurde den Kommunisten ein Jahr später vorgeworfen, daß sie die Absicht hätten, die österreichische Wirtschaft solange zu stören, bis sie zusammenbräche, um auf diesem Chaos die Volksdemokratie aufzubauen.¹⁷⁵ Der Kalte Krieg wurde nunmehr auch im Linzer Gemeinderat wacker ausgefochten. Den Daten der großen Politik, wie etwa Ablehnung des Marshall-Plans durch die Sowjetunion anfangs August 1947, Sturz der Koalitionsregierung in Ungarn zwischen Mai und August 1947, Gründung der Kominform im Oktober 1947, entsprach die Zuspitzung der innenpolitischen Situation, in der sich die KPÖ mit jeder Maßnahme der Sowjetunion solidarisch erklärte und sich dabei in die Rolle einer „outgroup“ hineinmanövrierte, die die Konsensbildung zwischen den Großparteien wesentlich förderte. Selbst der gemäßigte Koref sprach von der methodischen Verwandtschaft zwischen der Haltung der Kommunisten und der Nationalsozialisten und beschuldigte die KPÖ, daß ihr großes politisches Ziel das Chaos sei. Der ÖVP aber attestierte er einwandfreies politisches Verhalten in der sozialistisch-bürgerlichen Interessengemeinschaft. *Wir lassen uns unsere Kreise nicht stören*, versicherte er ihnen wohlwollend.¹⁷⁶ Durch die zunehmende Isolierung von konkordanzpolitischen Rücksichten befreit, traten die Kommunisten immer kräftiger als Verteidiger der klassenkämpferischen Interessen der Arbeiter

¹⁶⁹ Das soll nun keineswegs implizieren, daß Koref ein professioneller Antikommunist war. Noch während der „Figl-Fischerei“, einem Versuch der ÖVP über den Kommunisten Fischer nähere Kontakte zur Sowjetunion zu pflegen, um die Chancen für den Staatsvertrag zu erhöhen, wurde Koref als möglicher Nachfolger für den als „Russenfresser“ bekannten Außenminister Gruber genannt. Siehe Rauchensteiner, Sonderfall (wie Anm. 90), 204; Neck, Innenpolitische Entwicklung (wie Anm. 124), 160.

¹⁷⁰ So verzichtete die SPÖ auf ein Stadtschulratsmandat zugunsten der KPÖ, der nach dem angewandten Schlüssel (Wahlresultate 25. November 1945) keines zugestanden hätte. AStL, GPR 8. April 1947.

¹⁷¹ AStL, GPR 13. Februar 1947.

¹⁷² Dazu Gartner, Zwischen Moskau und Österreich (wie Anm. 127), 80.

¹⁷³ Pelinka, Auseinandersetzung mit dem Kommunismus (wie Anm. 123), 183.

¹⁷⁴ AStL, GPR 13. Februar 1947.

¹⁷⁵ AStL, GPR 16. Jänner 1948.

¹⁷⁶ AStL, GPR 16. Jänner 1948.

auf, eine Haltung, die sich konkret in ihrer Opposition gegen die von der sich allmählich institutionalisierenden Sozialpartnerschaft getragenen Finanzpolitik des Bundes und der Gemeinden ausdrückte. Die KPÖ-Vertreter stimmten gegen die Erhöhung der städtischen Gaspreise.¹⁷⁷ Sie wetterten gegen das Währungsschutzgesetz vom November 1947, dessen Geldabschöpfung zwar eine Voraussetzung zur Gesundung der Wirtschaft war, aber ohne Zweifel die kleinen Sparer schwer benachteiligte.¹⁷⁸ Zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen SPÖ und KPÖ kam es im Gemeinderat anlässlich eines Ansuchens der gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsgesellschaften um partiellen Nachlaß der Grundsteuer, da sie ansonsten zur Erhöhung des Zinses gezwungen wären. Die Ablehnung des Antrages durch die SPÖ-ÖVP-Koalition veranlaßte den kommunistischen Sprecher, die Haltung der SPÖ als ein „Symptom der gegenwärtigen Steuerpolitik, alle Lasten auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten abzuwälzen“, zu charakterisieren und — sehr zum Ärger der Sozialisten — die Einführung von Luxussteuern à la Breitner zu fordern. Den Hintergrund bildete eine von den Kommunisten in Urfahr veranstaltete Demonstration, bei der Koref in schärfster Weise angegriffen wurde. Die sozialistische Antwort war, den Kommunisten vorzuwerfen, daß sie den Faschismus bekämpfen wollten, aber ohne Zweifel selbst Faschisten seien. Damit hatte sich der Zirkel geschlossen. Die Gleichung Nationalsozialismus = Kommunismus, eine der wesentlichen Kategorien der Ideologie des Kalten Krieges, wurde auch im Linzer Gemeinderat akzeptiert.¹⁷⁹

Der Gegensatz zwischen SPÖ-ÖVP und KPÖ war auch in der Einschätzung des Voranschlages 1948 bemerkbar. Bis zum März 1948 war die Finanzpolitik der Stadt vom Motto „Warten auf den Finanzausgleich“ geprägt. Während der Budgetdebatte 1947 hatte der SPÖ-Finanzreferent Dr. Scherleitner noch in starken Worten eine Finanzpolitik des Bundes gefordert, die den Bedürfnissen der Gemeinde Rechnung trage, die vielleicht auch die Sonderstellung von Linz berücksichtigte, charakterisiert durch unorganisches, sprunghaftes Wachstum und durch die von der Demarkation verursachte Zerrissenheit in zwei Verwaltungsbezirke.¹⁸⁰ Anfangs Jänner 1948 mußte er jedoch bedauernd feststellen, daß der Entwurf noch nicht vorgelegt werden könne, da der Finanzausgleich noch nicht geregelt war. Die kommunistische Skepsis, daß der Finanzausgleich bis in die Zeiten der Monarchie immer zu Lasten der Gemeinden geregelt worden war, konterte er mit der ganz positiven Versicherung, daß dies in der Zweiten Republik ganz anders sein werde, da Gewerbe- und Grundsteuer ausschließlich Gemeindesteuern sein werden.¹⁸¹ Als im März 1948 der Voranschlag vorgelegt wurde, kommentierten die Kommunisten nicht ganz zu Unrecht, daß nunmehr die finanzielle Autonomie der Gemeinden gefallen sei.¹⁸² Zweifelsohne war das Finanzverfassungsgesetz 1948, das die Grundlage für den Finanzausgleich war, sehr zentralistisch orientiert.¹⁸³ Länder und Gemeinden wurden durch das Instrument des Vorzugsanteiles des Bundes, auch Bundespräzipium oder Nothilfe genannt, schwer belastet. Andererseits war die ausschließliche Bewirtschaftung der potentiell ertragreichen Gewerbesteuer für Linz auf Grund der Großbetriebe ein Merkmal des Finanzausgleichs, das die Sozialisten, die zu jener Zeit noch zentralistisch ausgerichtet waren, begrüßenswert finden konnten. Der historische Alpdruck der Bundesländersozialisten war ja, daß eine bürgerlich-bäuerliche Mehrheit im Lande wieder versucht sein könnte, eine sozialdemokratisch dominierte große Industriegemeinde zu unter-

¹⁷⁷ AStL, GPR 7. November 1947.

¹⁷⁸ AStL, GPR 5. Jänner 1948.

¹⁷⁹ AStL, GPR 16. Jänner 1948.

¹⁸⁰ AStL, GPR 13. Februar 1947.

¹⁸¹ AStL, GPR 5. Jänner 1948.

¹⁸² AStL, GPR 8. März 1948.

¹⁸³ Siehe Ludwig Adamovich, *Föderalismus-Konzepte und die österreichische Bundesverfassung*. In: Fritz Hoffmann und Herbert Tieber, Hrsg., *Föderalismus und Gemeindeautonomie*, Wien o.J., 32.

drücken.¹⁸⁴ Eine Schwächung der finanzpolitischen Möglichkeiten der Länder war daher den Sozialisten zu jener Zeit nicht unwillkommen. Die ÖVP als föderalistische Partei par excellence befand sich in einer städtischen Industriegemeinde in der peinlichen Lage, mit Selbständigen und Lohn- und Gehaltsempfängern verschiedene Klientelen vertreten zu müssen. Im Zusammenhang mit der allmählichen Erstarkung des Wirtschaftsbundes begann die ÖVP gegen Steuern zu opponieren, die besonders Selbständige betrafen und großes Verständnis für eine Erhöhung von Abgaben zu zeigen, die von allen getragen werden mußten.¹⁸⁵

Ob man auch in Linz zwischen dem 13. und 22. Februar 1948 gebannt auf die Tschechoslowakei blickte, wo sich der kommunistische Umsturz abspielte, läßt sich aus den Gemeinderatsprotokollen nicht eruieren. Sicherlich führten aber die tschechischen Ereignisse auch in Linz dazu, daß die Koalitionsparteien noch enger zusammenrückten, insbesondere da sich die im Zuge der „Figl-Fischerei“ aufgetretenen Spannungen ohnehin mehr auf nationaler als auf lokaler Ebene ausgewirkt hatten.¹⁸⁶ Nach der Panik der ersten drei Monate im Jahre 1948, in denen Gerüchte herum liefen, wonach die Teilung Österreichs oder zumindest eine Blockade Wiens drohe, beruhigten sich die Gemüter wieder, was sich auch in sehr harmonischen Sitzungen im Gemeinderat ausdrückte. Der Übergang zur Tagesordnung wurde wesentlich durch die Besserung der wirtschaftlichen und der Ernährungssituation erleichtert.¹⁸⁷ Die Stadt konnte auf dem Gebiete des Wohnungsneubaus und des Wiederaufbaus einige bescheidene Fortschritte aufweisen.¹⁸⁸ Das Ansteigen der Arbeitslosen von den abnormal niedrigen Ziffern 1947 (im Juli 875 Arbeitslose, im Dezember 1.083) auf höhere, aber noch immer unter 3 % liegenden Ziffern 1948 (983 im Juli, 1.872 im Dezember) läßt auch auf eine allmähliche Normalisierung der Wirtschaft schließen.¹⁸⁹ Obwohl der Marshall-Plan, dem Österreich am 2. Juli 1948 offiziell beigetreten war, anfangs noch den Charakter einer reinen Notstandshilfe trug — rund 45 % des Lieferprogramms umfaßte Lebensmittel — hatte er eine tiefgreifende positive Wirkung auf die Psychologie der Bevölkerung, was den politischen Willen zur Fortführung des Wiederaufbaus nur verstärken konnte.¹⁹⁰ Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt war jedenfalls die Kombination von Kapitalspritze durch den Marshall-Plan mit dem Überschuß an Arbeitskraft, dem wichtigsten Produktionsfaktor, verheißungsvoll. Die Qualifikationsstruktur des Arbeitskräftepotentials, die ja kurzfristig nicht wesentlich veränderbar ist, hatte sich nach 1945 auch durch das Einfließen der vielen Volksdeutschen und Sudetendeutschen verbessert und schuf eine günstige Ausgangsbedingung für die Rekonstruktion und spätere Expansion.¹⁹¹

¹⁸⁴ Zur skeptischen Haltung der SPÖ zum Föderalismus siehe Wedl, *Gedanke* (wie Anm. 39), 200f.

¹⁸⁵ ASiL, GPR 13. Februar 1947 und 6. März 1948.

¹⁸⁶ Sicherheitspolitische Überlegungen, wie man einer „tschechischen Parallelaktion“ in Österreich vorbeugen könnte, führten in der Tat zu Geheimverhandlungen von ÖVP- und SPÖ-Spitzenpolitikern in Linz im März 1948. Siehe Rauchensteiner, *Sonderfall* (wie Anm. 90), 229.

¹⁸⁷ Die Lebensmittelrationen für den Normalverbraucher hatten sich von 1.389 Kalorien im Jänner 1948 auf 1.960 Kalorien im Dezember verbessert. Siehe Statistisches Jahrbuch der Stadt Linz 1947/48, 101. Aus der Unterteilung der Stromabgabe nach Verbraucherguppen ist ersichtlich, daß die größte Steigerung beim Gewerbe und bei der Industrie zu verzeichnen war, was auf einen erheblichen Anstieg der Produktion schließen läßt. Ebenda 109–110.

¹⁸⁸ 1948 wurden 1.603 Wohnungen neu- bzw. wiederaufgebaut im Vergleich zu 1.014 Wohnungen 1947. Statistisches Jahrbuch der Stadt Linz 1947/48, 143. Allerdings muß man berücksichtigen, daß im Oktober 1948 noch immer 23.109 Personen in 6.344 Haushalten in 88 Barackenlagern untergebracht waren. Ebenda, 37.

¹⁸⁹ Statistisches Jahrbuch der Stadt Linz 1947/48, 92; ASiL, GPR 7. März 1949. Zum Anstieg der Inlandsproduktion im Frühjahr 1948 siehe Brusatti, *Entwicklung* (wie Anm. 138), 434f.

¹⁹⁰ Brusatti, *Entwicklung* (wie Anm. 138), 438f.

¹⁹¹ Zum Argument, daß das „human capital“ einer Volkswirtschaft wichtiger ist als der Kapitalstock siehe

Allerdings bedeuteten für den Normalverbraucher wachsende Produktionsziffern speziell in den Grundstoffindustrien keineswegs eine fühlbare Verbesserung der Versorgung mit Konsumgütern. Dieses Auseinanderklaffen zwischen objektiven Produktionsstatistiken und subjektiver Einschätzung seitens der Konsumenten bildete den Hintergrund für die SPÖ-KPÖ-Zusammenstöße im Gemeinderat über den Voranschlag 1949. Finanzreferent Scherleitner verkündete die frohe Botschaft, daß sich die Wirtschaft im Stadium einer allmählich fortschreitenden Normalisierung befinde, die Gewerbesteuer sich ausgezeichnet entwickle, die Steuerrückstände der VÖEST nur 1,9 Millionen und nicht, wie die „bösen“ Kommunisten behaupteten, 3 Millionen Schilling betrugen. Aber selbst er mußte auf die fürchterliche Wohnungsnot verweisen und bedauernd feststellen, daß derzeit eine Kommunalisierung der Verkehrsbetriebe nicht möglich sei. Die Kommunisten wiesen mit Recht darauf hin, daß die Lohn- und Preispolitik der Regierung (2. Lohn-Preis-Abkommen vom Oktober 1948) im Effekt einer Reallohnsenkung gleichkam, da generelle Lohnerhöhungen bei weitem von den Preiserhöhungen übertroffen wurden.¹⁹² Auch das zum Ausgleich des Bundesbudgets beschlossene 3. Lohn- und Preisabkommen vom Mai 1949 führte zu lebhaften Debatten im Gemeinderat, als Preiserhöhungen der Stadtwerke für Gas, Koks, Teer und Wasser sowie die Erhöhung einer Reihe städtischer Gebühren vorgeschlagen und gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen wurden. Die Preis- und Gebührenerhöhungen wurden von der KPÖ zum Anlaß genommen, die gesamte Wirtschaftspolitik der Großparteien anzugreifen. Wie ihr Hauptsprecher Kerschbaumer ausführte, wäre die These von der Normalisierung der Wirtschaft ein Trugschluß. Das 3. Lohn-Preis-Abkommen bedeutete einen tiefen Eingriff in die Finanzgebarung des Gemeindehaushalts, eine Verarmung der Massen der erwerbstätigen Bevölkerung. Die zwei großen Parteien hätten 1945 den Weg des Kapitalismus beschritten und was zur Debatte stehe, sei letzten Endes nichts anderes als die Auswirkung eines kapitalistischen Systems der Sozialistischen Partei, die immer vorgäbe, für den Sozialismus einzutreten.¹⁹³ Gewiß liegt ein guter Schuß Wahrheit in der kommunistischen Kritik und auch eine beträchtliche Verzerrung der Wirklichkeit. Natürlich wurden die Kosten des Wiederaufbaus kurzfristig auf die Schultern der Arbeiter und Angestellten verlagert. Der stille politische Wachstumspakt, der zwischen SPÖ, ÖVP und den Vereinigten Staaten bestand, beruhte wesentlich auf der Fähigkeit der Sozialistischen Partei und des von ihr dominierten Gewerkschaftsbundes, die Lohnabhängigen zu disziplinieren. Priorität genossen nicht so sehr die kurzfristigen Konsuminteressen der Arbeiter, sondern die Förderung des Wachstums, d. h. die Erhöhung des Güterausstoßes und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Aufgaben wie Produktionssteigerung, Bewahrung der Arbeitsdisziplin, Vermeidung von Streiks wichen vom traditionellen linken Kampf um eine Verminderung der Ausbeutung der Arbeitskraft ab, wurden aber als politisch-ökonomischer Sachzwang empfunden, auf den SPÖ und Gewerkschaft im allgemeinen Staatsinteresse als ordnungspolitischer Faktor zu antworten hatte. Die Unterstützung des Wirtschaftswachstums resultierte in der Bremsung und Abschwächung harter Verteilungskämpfe. Die Alternative, nämlich ein unmittelbarer Übergang zum Sozialismus, hätte wirtschaftlich und sozial eine Verschärfung der Krise durch zusätzliche Belastungen des Produktionsapparates bedeutet, wie etwa den Mangel an Fachleuten speziell im mittleren Management, Ausfall von Arbeitszeit, vielleicht auch bürgerlich-bäuerliche Sabota-

Werner Abelshauser, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945—1948*, Stuttgart 1975, 105—107; auch Brusatti, *Entwicklung* (wie Anm. 138), 508f.

¹⁹² ASfL, GPR 15. Jänner 1949. Übrigens fand in dieser Sitzung die erste Kampfabstimmung zwischen SPÖ und ÖVP statt. Ein Stadtratsbeschluß, die Leichenbestattungskonzession der Stadt auszudehnen — bisher war sie nur zur Bestattung von Armenleichen und Exhumierungen berechtigt — wurde mit den Stimmen von SPÖ und KPÖ gegen 16 ÖVP-Stimmen angenommen.

¹⁹³ ASfL, GPR 11. Juli 1949.

ge und weitere Lähmung der Infrastruktur. Das wäre selbst der russischen Besatzungsmacht nicht genehm gewesen, nicht zu sprechen von der Reaktion der Amerikaner.¹⁹⁴

Die Erwartung sozialistischer Strukturreformen nach 1945 — übrigens eine europaweite Tendenz —, der Wahlrechtsentzug für Nationalsozialisten, der enorme Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften und die Anpassung der bürgerlichen Führungen an den linken Trend, förderten kurzfristig die Dominanz der linken Kräfte. Der Einfluß der Kommunisten kam jedoch wegen ihrer großen Verluste an Funktionären, der antibolschewistischen Dauerberieselung im Nationalsozialismus und wegen der Politik der Sowjetunion, mit der die Kommunisten zu recht identifiziert wurden, nicht zum Tragen. Anstelle einer geschlossenen Front der Arbeiterbewegung entwickelte sich eine unversöhnliche Feindschaft zwischen der „Russenpartei“ und den westlich orientierten Sozialisten. Ein zusätzlicher Faktor war wohl auch die wahltaktische Kalkulation der Sozialisten, durch ihren Antikommunismus einen Einbruch in verunsicherte bürgerliche Zwischenschichten zu erzielen.

Mit diesen Prioritäten war es nicht überraschend, daß die Sozialisten in Partei und Gewerkschaft zu einer treibenden Kraft für die Annahme des Marshall-Plans wurden. Da ein Widerstand gegen den Marshall-Plan den längerfristigen Lebensinteressen der Arbeiter widersprochen hätte, schien es den sozialistischen Eliten der bessere Teil der Weisheit, im Prozeß der Verteilung der Mittel wenigstens kräftig eingeschaltet zu werden, zumal die Amerikaner in Österreich keineswegs eine nationalisierungsfeindliche Politik betrieben. Übrigens muß in diesem Zusammenhang nochmals betont werden, daß die Verstaatlichung nicht auf Druck der Kommunisten zustande gekommen war, sondern weit eher der pragmatisch-technokratischen Ideologie der Rechtssozialisten und den zweckrationalen Erfordernissen der amerikanischen Stabilisierungspolitik entsprach. Die amerikanische Kapitalhilfe war gerade das rechte Mittel, durch Zusatzinvestitionen einen Wachstumstoß auszulösen, der, wie man hoffte, den zu erwartenden Lohnverfall eindämmen konnte. Die Konsequenz einer solchen Politik war einmal die totale Ausschaltung jedweden kommunistischen Einflusses. Zum anderen resultierte sie auch in einer anfangs wohl nicht voll durchschauten aber letzten Endes unwiderruflichen Zedierung sozialistischer Strukturreformen auf den St. Nimmerleinstag. Der im Gewande eines wirtschaftsdemokratischen Gradualismus sich präsentierende Wachstumsreformismus führte allmählich zur Hinnahme der kapitalistischen Marktwirtschaft als Rahmen sozialistischen Handelns im Zeichen der Sozialpartnerschaft. Insofern kann man Prader beipflichten, daß die „Sachzwänge“ des Wiederaufbaus eine konsequente Interessenvertretung bzw. Kontrolle der höheren Gewerkschafts- und Parteifunktionäre unmöglich machten und die Restauration des Kapitalismus begünstigten, „ohne daß die Arbeiter sie verhindern konnten.“¹⁹⁵

Die Frage ist jedoch auch, ob die Mehrzahl der Lohnabhängigen die Situation wirklich in klassenkämpferischen Kategorien sah oder ob sie nicht auch auf dem besten Wege war, die Leistungs- und Konsumzwänge einer kapitalistischen Gesellschaft zu verinnerlichen. Nimmt man letzteres an, kommt die aus dem politischen Wachstumspakt zwischen den Großparteien sich entwickelnde allmähliche gemäßigte Anwendung kapitalistischer Marktmechanismen nicht überraschend. Ein marxisierender Ansatz, der einen totalen Gegensatz zwischen anpassungsbereiter Führung und radikaler Basis postuliert, ist viel zu undifferenziert und sieht an der Realität vorbei. Beide, Führung und Basis, waren im Grunde anpassungsbereit. Im „Irrgarten des Pragmatismus“ konn-

¹⁹⁴ Für Westdeutschland ist die Tendenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sich auf Produktionssteigerung, Lohnstabilisierung und Streikvermeidung zu konzentrieren, durch Lutz Niethammer herausgearbeitet worden. Siehe seinen Aufsatz, Strukturreform und Wachstumspakt. In: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler. Hrsg. v. Heinz Oskar Vetter, Köln 1975, 303—358.

¹⁹⁵ Prader, Angst der Gewerkschaft, (wie Anm. 5), 19.

ten sich nicht nur Unternehmer sondern auch Angestellte und Arbeiter zurechtfinden, wenn auch nicht ohne temporäre Widersprüche.¹⁹⁶

Bevor jedoch die Kontradiktionen des Wachstumspaktes sich im sogenannten „Putsch“ von 1950 entluden, kam es durch die Wahlen 1949 zu einer gewaltigen Erschütterung der parteipolitischen Landschaft in Österreich und auch in Linz. Die Gemeinderatswahlen wurden in Verbindung mit den Nationalrats- und den Landtagswahlen am 9. Oktober 1949 durchgeführt, um zu vermeiden, daß sie zeitlich zu nahe an die für den 23. Oktober anberaumten Arbeiterkammerwahlen heranrückten.¹⁹⁷ Da im November 1945 keine Gemeinderatswahlen im wahren Sinne des Wortes stattgefunden hatten, mußte auch eine Linzer Wahlordnung neu beschlossen werden, die sich jedoch im allgemeinen an die Nationalratswahlordnung von 1949 anlehnte.¹⁹⁸ Das große Fragezeichen waren die „Ehemaligen“, wie die Nationalsozialisten nunmehr genannt wurden. Auf Grund der Amnestie für minderbelastete Nazis und der Rückkehr fast aller Kriegsgefangenen ergaben sich für Linz rund 26.000 Neuwähler. (In ganz Österreich rund 1 Million.)¹⁹⁹ Das waren für Linz 34 % aller Wahlberechtigten von 1945, 67 % der Stimmen, die die SPÖ erreicht hatte, und gar 113 % der Stimmen der ÖVP, somit potentiell wahlentscheidende Stimmen. Beide Großparteien bemühten sich intensiv und ziemlich vergeblich, die Neuwähler für sich zu gewinnen. Diese „unerfreuliche Werbung“²⁰⁰ um die Stimmen der Ehemaligen ist intim mit der Frage einer vierten politischen Partei verbunden. Die Degradierung des Problems der Ehemaligen zu einer Frage der Wahltaktik führte einerseits zur frommen Haltung der SPÖ, im Namen der Demokratie eine 4. Partei aktiv zu protegieren, die, so hoffte man, der ÖVP Konkurrenz machen würde. Andererseits erwartete die ÖVP durch Kontakte mit engagierten Nationalsozialisten, dem Fußvolk der Ehemaligen ein Signal zu geben, für die bürgerliche Partei zu stimmen. Beide Parteien schreckten nicht davor zurück, die Westalliierten in ihre taktischen Bemühungen einzuschalten, die ÖVP die Amerikaner, die SPÖ die Briten. Die Vereinigten Staaten, die gegen die Neuzulassung von Parteien waren, wurden letzten Endes von den Russen überspielt, die mit der Demokratischen Union Josef Dobretsbergers ihren eigenen Kandidaten für eine 4. Partei hatten und daher dem von den Großparteien im Mai 1949 beschlossenen Wahlgesetz, das die Zulassung wahlwerbender Parteien vorsah, kein Hindernis entgegengesetzte.²⁰¹

¹⁹⁶ Für eine differenzierte Behandlung von Arbeitskonflikten, sozialen Spannungen und Streiks in der Zweiten Republik siehe Gerhard Botz, *Streik in Österreich 1918 bis 1975. Probleme und Ergebnisse einer quantitativen Analyse*. In: *Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte*, Wien 1978, 807–831.

¹⁹⁷ AStL, GPR II. Juli 1949.

¹⁹⁸ Die Frage von starren oder gelockerten Listen wurde allerdings auf Korefs Empfehlung zugunsten der starren Liste nach der Wahlordnung 1931 gelöst. Dieses Bestehen auf starren Listen, das von allen Parteien im Gemeinderat unterstützt wurde, bedeutete natürlich, daß die parteiinternen Gremien über die personelle Zusammensetzung des Gemeinderates entscheiden würden, da ein sicherer Listenplatz faktisch die Wahl bedeutete. Dieses Auswahlmuster wirft ein bezeichnendes Licht auf die Spannung zwischen Parteieliten und Basis. Zur Listenlockerung für die Nationalratswahlen siehe Anton Pelinka, *Parlamentarismus*. In: *Österreich Die Zweite Republik*, Bd. 2, 22–23; und Kurt L. Shell, *The Transformation of Austrian Socialism*, New York 1962, 116.

¹⁹⁹ Durch die am 21. April 1948 vom Parlament beschlossene Amnestierung der minderbelasteten Nationalsozialisten wurden von 524.000 Registrierten 482.000 von den Sühnefolgen befreit und damit wahlberechtigt. Dazu Erika Weinzierl, *Probleme der österreichischen Justiz 1949/50*. In: *Politik und Gesellschaft*, 295. In Oberösterreich war die Zahl der von der Minderbelastetenamnestie Betroffenen rund 75.000. Siehe Stiefel, *Entnazifizierung* (wie Anm. 94), 309.

²⁰⁰ Neck, *Innenpolitische Entwicklung* (wie Anm. 124), 160.

²⁰¹ Zu diesen Entwicklungen, speziell den Gesprächen zwischen NS-Führern und Spitzenpolitikern der ÖVP in Oberweis bei Gmunden siehe Rauchensteiner, *Sonderfall* (wie Anm. 90), 261–274.

Das Resultat all dieser Wahlkalkulationen war, daß der Verband der Unabhängigen (VdU), der sich in Salzburg um die Journalisten Herbert Kraus und Viktor Reimann gebildet hatte, als „Wahlpartei der Unabhängigen“ (WdU) bei den Wahlen als der einzige ernst zu nehmende Konkurrent der Großparteien auftrat.²⁰² Der VdU wurde ein Sammelbecken für verschiedene Gruppen, die sich im Schoße der Großparteien nicht heimisch fühlten. Da waren einmal die Ehemaligen mit ihren Angehörigen, die bereit waren, die Opposition des VdU gegen die von ihnen als diskriminierend empfundene NS-Gesetzgebung zu honorieren, für die sie die SPÖ-ÖVP-Koalition verantwortlich hielten. Dann waren die Kriegsteilnehmer, die zusammen mit ihren Familien ungefähr ein Viertel der gesamten österreichischen Wahlbevölkerung ausmachten und die in ihrer Mehrzahl eine neue Partei anstelle der Großparteien bevorzugten. Eine dritte Gruppe waren die Jungwähler, deren Idealismus von einer Partei angesprochen wurde, die im Gegensatz zu den Großparteien noch von keinerlei Korruption angekränkt schien. Eine vierte Gruppe waren die Volksdeutschen, für deren Frustration sich der VdU als Protektor ihrer Interessen anbot. Die große Stärke und auch Schwäche des VdU war sein Charakter als Protestpartei, die neben den eingefleischten Angehörigen des traditionellen dritten Lagers (deutschnational, antiklerikal, Mittelklasse, weder rot noch schwarz) auch heterogene Elemente einschloß, die mit Beendigung der Diskriminierung durch die NS-Gesetzgebung, der Besetzung und vor allem mit der kommenden Prosperität ihr politisches und wirtschaftliches Heil eventuell besser bei den Großparteien aufgehoben sahen.

Beide Großparteien hatten einen großen Magen, wenn es zur Verdauung extremer Elemente kam. Man kann wohl Pelinkas Urteil akzeptieren, daß SPÖ und ÖVP zwar demokratische Parteien sind, in der Praxis jedoch ein etwas verschlammtes Verhältnis zum Rechtsextremismus haben.²⁰³ In Oberösterreich waren die Beziehungen zwischen SPÖ und VdU besonders gut. Zum Teil war dies auf den großen Respekt zurückzuführen, den Koref bei den liberalen Führern des VdU, Kraus und Reimann, genoß, wobei letzterer immer wieder Korefs versöhnliche Haltung in der NS-Frage betonte.²⁰⁴ Auch waren ein paar Besuche Korefs beim großen alten Mann der ehemaligen Großdeutschen, Franz Langoth, dazu angetan, die Toleranz Korefs zu demonstrieren.²⁰⁵ Es gab auch zwielichtige Verbindungen zwischen dem Parteisekretär der oberösterreichischen Sozialisten, Karl Krammer, und dem sogenannten Gmundner Kreis alter schwerbelasteter Nationalsozialisten, wie etwa Stefan Schachermayr, dem ehemaligen Gauinspektor der NSDAP in „Oberdonau“, der augenscheinlich einen großen Einfluß auf die Kandidatenaufstellung des VdU hatte.²⁰⁶ Das Resultat all dieser Kontakte und Verhandlungen war eine extensive Schützenhilfe der SPÖ für den sich in Geldschwierigkeiten befindlichen VdU und ein Versprechen der neuen Partei, im Wahlkampf hauptsächlich die ÖVP anzugreifen, woran sich der VdU in Oberösterreich auch hielt.²⁰⁷

²⁰² Zum VdU siehe Viktor Reimann, *Die Dritte Kraft in Österreich*, Wien 1980, und Max E. Riedlsperger, *The Lingering Shadow of Nazism: The Austrian Independent Party Movement since 1945*, New York 1978.

²⁰³ Anton Pelinka, *Die Großparteien und der Rechtsextremismus*. In: *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945*, Wien 1979, 384–392.

²⁰⁴ Siehe Reimann, *Dritte Kraft* (wie Anm. 202), 89–90, 94. In seinen Memoiren verwarft sich Koref humorvoll gegen Reimanns positive Beurteilung in den Leitartikeln des prinzipiellen Propagandainstruments des VdU, der „Neuen Front“. „Ich schwöre beim Chefredakteur dieser Zeitung, Viktor Reimann, daß ich kein Mitglied dieser Wiedergeborenen gewesen bin!“ Koref, *Gezeiten* (wie Anm. 9), 498.

²⁰⁵ Langoth, *Kampf um Österreich* (wie Anm. 25), 348f.

²⁰⁶ Dazu der Bericht des jungen und aggressiven Landesobmanns des VdU, Gustav A. Neumann. In: Reimann, *Dritte Kraft* (wie Anm. 202), 118–123.

²⁰⁷ Wie Neumann es nicht ohne Ironie beschreibt: „Nur in Oberösterreich wurde der Wahlkampf ausschließlich gegen die ÖVP geführt, und nur in Oberösterreich nahm der VdU die Entwicklung einer wählbaren zweiten Arbeitnehmerpartei als Folge dieser von der SPÖ geforderten Leistung. Alle Plakate des VdU-

Abgesehen von dieser Ausnahme war jedoch der Wahlkampf eine „Schlamm Schlacht“, in der sich die Großparteien in ihren desparaten Versuchen nichts schuldig blieben, die bürgerliche Monopolstellung entweder zu bewahren (ÖVP) oder zu brechen (SPÖ).²⁰⁸ Die SPÖ rechnete mit starken Verlusten der ÖVP, da der VdU für „großdeutsch“ Gesinnte und für Ehemalige attraktiv erschien. Dies war eine Rechnung, die sich aber in Oberösterreich und speziell in Linz als eklatante Fehlspekulation erwies. Hier gelang dem VdU ein tiefer Einbruch in das Wählerreservoir der Arbeiter und Angestellten, das die SPÖ als ihr Revier betrachtete. Von allen Landesorganisationen des VdU stand die oberösterreichische am meisten links. Der Grund dafür war seine starke Stellung in den Großbetrieben, wo zahlreiche Ehemalige und Volksdeutsche als Arbeiter und Hilfsarbeiter tätig waren und auch den größten Teil der parteilosen Betriebsräte stellten. „Hier fielen die VdU-Ideen der innerbetrieblichen Zusammenarbeit und der leistungsbedingten Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer auf fruchtbaren Boden.“²⁰⁹

In Linz wurde der VdU mit rund 28 % der Stimmen die zweitstärkste Partei und verwies die ÖVP mit 24 % der Stimmen (gegenüber 36 % 1945) auf den dritten Platz. (Siehe Tabelle 3.)

Doch erlitten auch die Sozialisten eine bestürzende Niederlage (mit 42 % der Stimmen 1949 gegenüber 59 % 1945). Auch in Linz weinte man eine Nacht.²¹⁰ Koref empfand die Niederlage als das „Ergebnis krasssten Undanks“ und schob die Schuld auf die schlimmen psychologischen Auswirkungen der NS-Gesetzgebung mit der Implikation, daß der VdU nur eine Partei der Ehemaligen sei.²¹¹ Allerdings ist dieses Argument mit einiger Vorsicht zu nehmen. Der Wählerzuwachs von 1949 ging nicht nur auf die Ehemaligen zurück, sondern schloß auch Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft, eingebürgerte Volksdeutsche und Jungwähler ein. Zudem war die Wahlbeteiligung im Jahre 1949 weitaus höher als 1945. 1949 betrug die Zahl der Nichwähler nur 5,29 % der Wahlberechtigten, 1945 war der Prozentsatz 13,25 %. (Siehe Tabelle 2) Oberflächlich gesehen, gewannen von den 26.000 Neuwählern und den mehr als 5.000 Nichtwählern von 1945 die ÖVP 2 %, die SPÖ und die KPÖ je 6 % und der VdU 84 %. Diese Rechnung berücksichtigt allerdings nicht die wahrscheinlichen Fluktuationen der Altwähler. So manche Sozialisten votierten für die KPÖ²¹² oder den VdU, genau wie manche, die 1945 für die ÖVP stimmten, 1949 zum VdU absprangen. Andererseits stimmten gewiß auch eine Anzahl der Minderbelasteten für die ÖVP oder die SPÖ. Daß alle VdU-Wähler ehemalige Nationalsozialisten waren, muß man gerade in Oberösterreich, wo rund 76.000 Minderbelastete 124.000 VdU-Wähler gegenüberstanden, bezweifeln.²¹³

Woran nicht gezweifelt werden kann, ist die Tatsache, daß sich in Oberösterreich, aber speziell in Linz, der VdU erfolgreich als eine Arbeiterpartei mit stark betonter sozialer Note präsentierte und

Oberösterreich waren von der SPÖ besorgt worden, alle Stimmzettel, mit Hilfe derer die Sozialisten eine katastrophale Niederlage bei den Arbeiterkammerwahlen erlitten, stammten von ihnen selbst . . . Reimann, Dritte Kraft (wie Anm. 202), 122f.

²⁰⁸ Dazu Hölzl, Propagandaschlachten (wie Anm. 126), 30–38.

²⁰⁹ Reimann, Dritte Kraft (wie Anm. 202), 129.

²¹⁰ Dies war der Kommentar des Chefredakteurs der Arbeiterzeitung nach den Nationalratswahlen 1949. In: Skalnik, Parteien (wie Anm. 105), 215.

²¹¹ Koref, Gezeiten (wie Anm. 9), 390.

²¹² Die absolute Erhöhung der Stimmen des Linksblocks um 2.000 war prozentuell genommen geringfügig (von 4,2 % auf 4,9 %), aber genug, ein drittes Mandat zu erreichen, das an den Linksozialisten Glasner abgetreten wurde. Glasner, ein ehemaliger Schutzbündler, der sich am 12. Februar ausgezeichnet geschlagen hatte, stand dem Wiener Linksozialisten Erwin Scharf nahe, der in seiner Passion für den Austromarxismus zum unkritischen Advokaten der prosojetischen Linie avancierte und von der SPÖ ausgeschlossen wurde. „Scharfisten“ waren auch in der Partei Korefs und Ludwig Bernascheks unerwünscht. Siehe AStL, Mandatarkartei.

²¹³ Riedlsperger, Lingering Shadow (wie Anm. 202), 69.

damit zur stärksten Konkurrenz der SPÖ in der Arbeiterbewegung wurde. Dies wurde auch bei den Arbeiterkammerwahlen am 23. Oktober 1949 bestätigt, bei denen die SPÖ mit 66.773 Stimmen und 60 Mandaten zwar die absolute Mehrheit behaupten konnte, der VdU aber mit 35.920 Stimmen und 34 Mandaten die zweitstärkste Partei wurde.²¹⁴ Seine eindrucksvollsten und für die SPÖ schmerzlichsten Siege feierte jedoch der VdU bei den Betriebsratswahlen in den Linzer Großbetrieben, der VÖEST und den Stickstoffwerken. In der VÖEST errang der VdU 14 Mandate gegenüber 12 SPÖ- und 2 KPÖ-Mandaten.²¹⁵ In den Stickstoffwerken und in der Elektrobau AG erlangte der VdU sogar die absolute Mehrheit. Diese Siege des VdU demonstrierten eindeutig, daß es der SPÖ nicht gelungen war, gewisse Schichten, auf deren Stimmen sie gehofft hatte, in die Partei zu integrieren: Volksdeutsche, die wegen ihrer Vertreibung, für die sie die Russen verantwortlich machten, mit einem ausgeprägten Antimarxismus erfüllt waren; Jungwähler, denen die mit Elan aufgezogenen Massenkundgebungen des VdU imponierten;²¹⁶ schließlich die durch die NS-Gesetzgebung zu Arbeitern Deklassierten, die ironischerweise durch ihre in der NS-Zeit erworbene politische Gewandtheit vielfach zu Wortführern der Arbeiter geworden waren. Nachdem die erste Enttäuschung verdaut worden war, wurde auch von der SPÖ-Führung mit deutlicher Spitze gegen die SPÖ-Funktionäre in den Großbetrieben festgestellt, daß gerade die Unfähigkeit der SPÖ, diese Schichten anzusprechen, zur Niederlage geführt hätten. Vordringlichste Aufgabe der Partei sei es daher, diese Kernschichten organisatorisch und weltanschaulich zu festigen.²¹⁷ Diese Festigung wurde dann auch in den folgenden Jahren (nach dem Schock des Oktoberstreiks 1950) unter Anwendung nicht immer einwandfreier Mittel erreicht, kräftig unterstützt durch die selbstdestruktiven Tendenzen des VdU.

Die konstituierende Gemeinderatsversammlung spiegelte den durch den harten Wahlkampf und die Niederlage der Großparteien erregten Gemütszustand sowie die Tatsache, daß der VdU in der Tat ein Verband der „Unabhängigen“ wäre, wider. Während der Verhandlungen über die Wahl des Bürgermeisters und die Zahl und Verteilung der Stadtratssitze war es dem Landesobmann des VdU, Neumann, noch gelungen, seine Parteifreunde auf Koref als Bürgermeister festzulegen und die Zahl der Stadträte mit zehn zu akzeptieren. Die Mitglieder der VdU-Fraktion änderten aber ihre Meinung und schlugen den Sprecher des VdU, Dr. Mold, zum Bürgermeister vor. Auch behaupteten sie, daß die Voraussetzungen für zehn Stadträte nicht mehr gegeben seien. Eine Reduzierung auf neun, wobei die SPÖ vier, der VdU drei und die ÖVP zwei Stadtratssitze bekommen hätten, würde dem Wahlergebnis besser entsprechen.²¹⁸ Koref erreichte aber mit den Stimmen der ÖVP die nötige Zweidrittelmehrheit (39 Stimmen). Mit deutlicher Spitze gegen den VdU wurde Mold nur der 3. Bürgermeister-Stellvertreter zugestanden, obwohl er nach der Mandatszahl

²¹⁴ Politisches Handbuch Österreichs 1945–1972. Zusammenge stellt von Wolfgang Oberleitner, Wien 1972, 162. Der ÖAAB mit 14.858 Stimmen (13 Mandate) und die KPÖ mit 7.206 Stimmen (5 Mandate) blieben weit zurück.

²¹⁵ Auf den VdU entfielen 3.293 Stimmen, die SPÖ 3.056, die KPÖ 672 und den ÖAAB 56. Dem VdU wäre demnach die Position des Betriebsratsobmanns zugestanden, wie auch Ludwig Bernaschek, der bei der Sitzung der SPÖ-Betriebsräte den Vorsitz führte, vorschlug. Dies wurde jedoch vom bisherigen Betriebsratsobmann Brauneis nicht akzeptiert. Mit Hilfe eines Paragraphen der Betriebsratsgeschäftsordnung, wonach bei Gleichheit in den Mandaten der Obmann jener Gruppe zu entnehmen sei, die bei der Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte, wurde durch Addition von SPÖ- und KPÖ-Stimmen die Position wieder Brauneis zugeschlagen, ein demokratisch kaum einwandfreier Vorgang, da die Sozialisten und Kommunisten als separate wahlwerbende Gruppen aufgetreten waren. Siehe dazu Politisches Handbuch (wie Anm. 214), 74, und Reimann, Dritte Kraft (wie Anm. 202), 188.

²¹⁶ Zur Wahlkampfpraxis des VdU siehe Riedlsperger, Lingering Shadow (wie Anm. 202), 50f.

²¹⁷ Siehe SBZ-Kurier, Mitteilungsblatt der Sozialistischen Bildungszentrale von Oberösterreich, Linz, Jänner 1950, Heft 2, 1–3.

²¹⁸ AStL, GPR 27. Oktober 1949.

(17 VdU gegen 14 ÖVP) zum zweiten Stellvertreter berechtigt gewesen wäre. Auch wurden nur der 1. Stellvertreter Scherleitner (SPÖ) und Mitterbauer (ÖVP) als 2. Stellvertreter von Koref eingeladen, am Präsidialtisch Platz zu nehmen. Es war kein guter Auftakt für die Grundsatzklärungen, da auf diese Weise von den Großparteien der VdU nicht als Koalitionspartner akzeptiert wurde.²¹⁹

Koref gab sich anfangs versöhnlich und überparteilich, obwohl er es sich nicht nehmen ließ, die Vertreter des VdU als „unverbrauchte Kräfte, die sich in den viereinhalb Jahren allerschwerster Arbeit und Tätigkeit schonen und auf Kritik beschränken konnten“, anzusprechen. Die große Explosion kam mit der Grundsatzrede des VdU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Mold, dessen Überheblichkeit und Geschwollenheit die Sozialisten, die den Schock der Niederlage noch nicht überwunden hatten, in Weißglut versetzte. Der sachliche Inhalt seiner Rede war keineswegs außergewöhnlich und bestand im wesentlichen in einem langatmigen Kommentar zu den programmatischen Grundprinzipien, mit denen der VdU den Wahlkampf bestritten hatte: Recht, Sauberkeit und Leistung.²²⁰ Mold erklärte sich zur Mitarbeit im Gemeinderat bereit, aber ohne feste Bindungen an die bisherigen „Monopolparteien“, also Ablehnung des Proporz oder der „Demokratur“ und Ausschaltung der Parteipolitik aus wirtschaftlichen und sozialen Bereichen wie Gewerbe und Schule. Er bekannte sich zum Schutz der Person gegen Korruption und Unrecht, „gleichgültig ob rechts oder links oder VdU, Volksdeutscher, DP oder Ausländer, jung oder alt, vermögend oder nicht, amnestiert oder belastet“, und lehnte alle „Hornbosteleyen“ ab.²²¹ Nach einigen berechtigten Klagen gegen den unfairen Wahlkampf erinnerte er den Gemeinderat etwas überflüssigerweise, daß der VdU vom kleinen Mann, und zwar auch aus dem Lager der bisherigen „Monopolparteien“ gewählt worden war. Die Rede triefte geradezu von Referenzen zum Begriff der politischen Sauberkeit. Hier tat der Redner wohl zuviel des Guten.²²² Angesichts dieser Ankündigung eines Kreuzzuges gegen „alles Unanständige-Unsaubere, alles Unrechte-Unrechliche, alles Unsachliche und alles Leistungs-Mißachtende“ riß Koref die Geduld. In einer scharfen persönlichen Attacke erinnerte er Mold an seine dubiose politische Vergangenheit. *Er hat sämtlichen hier im Gemeinderat vertretenen Parteien — mit Ausnahme der kommunistischen — bereits angehört, und auch jenen Parteien, die nicht mehr existieren, d. s. der VF und der Nazi-Partei. Ob ein solcher Herr berechtigt ist, das Wort ‚Sauberkeit‘ so oft in den Mund zu nehmen, möchte ich dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit von Linz zur Beurteilung überlassen.*²²³ Dieser

²¹⁹ Mold von Beruf Lehrer, aber auch Jurist, war das beinahe typische Beispiel eines durch eine NS-Vergangenheit aus seiner beruflichen Laufbahn geworfenen Ehemaligen. Nachdem er als Lehrer 1945 zwangspensioniert worden war, arbeitete er vorerst als Dolmetscher für die amerikanische Militärregierung und begann 1947 eine neue Karriere als Jurist in der Sozialabteilung der VÖEST. Siehe AStL, Mandatarkartei.

²²⁰ Berchtold, Parteiprogramme (wie Anm. 138), 484—488.

²²¹ Dieser Terminus bezieht sich auf den ÖVP-Funktionär Hornbostel in Gmunden, der jedwede Intervention seiner Partei für einen Hilfesuchenden von der Unterzeichnung eines Reverses abhängig machte, in dem der Bedürftige bestätigte, nichts mit dem VdU zu tun zu haben. Siehe Reimann, Dritte Kraft (wie Anm. 202), 172.

²²² Impliziert in der Betonung von Sauberkeit ist auch der Gegensatz zur „schmutzigen“ Parteipolitik in einer parlamentarischen Demokratie, ein allgemeines Merkmal der österreichischen politischen Kultur.

²²³ AStL, GPR 27. Oktober 1949. Koref beschreibt in seinen Memoiren diesen Zwischenfall aus etwas verklärter Sicht: *Als der im Grunde harmlose Führer der Wiedergekommenen . . . Dr. Alfred Mold, in überheblicher Weise auftrumpfte, kaufte ich ihm in wenigen Minuten unter dem stürmischen Beifall der mit einem Male geschlossenen Front der demokratischen Parteien — zur Stunde durfte ich die KPÖ wirklich dazurechnen — die Schneid ab und fast darf ich sagen: Da war's um ihn geschehen. In weiterer Folge zeigte sich der kampflustige Trupp — von gelegentlichen Wortgefechten oder leicht demagogischen An- oder Ausfällen abgesehen — gemäßigt und vorsichtig zurückhaltend.* Koref, Gezeiten (wie Anm. 9), 391.

nicht im Charakter Korefs gelegene persönliche Angriff auf einen politischen Gegner wirft ein bezeichnendes Licht auf das Ausmaß der Verbitterung und der Enttäuschung der Sozialisten über den Wahlausgang. Augenscheinlich war es auch den Vertretern des VdU klar, daß sie zu weit in ihrer Apotheose der politischen Sauberkeit gegangen waren. Bei der nächsten Gemeinderatssitzung gab Mold eine zahme Erklärung ab, wonach es nicht seine Absicht war, jemanden Vorwürfe der Unanständigkeit oder Ungerechtigkeit zu machen.²²⁴

Bereitschaft zur Kooperation zeigte sich bereits in der Budgetdebatte 1950.²²⁵ Im Zentrum der Debatte standen die Maßnahmen, die auf die Linderung der Wohnungsnot abzielten. Der Stadtrat für das Wohnungswesen, Alois Rachbauer (VdU), ein tüchtiger, aggressiver und sozial gesinnter Kommunalpolitiker, der sich als veritabler Wohnbaufanatiker entpuppte, forderte Gleichberechtigung für die Volksdeutschen in der Versorgung mit Wohnungen, zeigte sich aber befriedigt mit der Erhöhung der Mittel für den Wohnungsneubau.²²⁶ Auf anderen Gebieten trat der VdU ganz im Sinne bürgerlicher Präferenzen für Einsparungen ein, um das Budget auszugleichen. So forderten die Vertreter des VdU die Entkommunalisierung der städtischen Betriebe, den Abbau der Gemeindebediensteten und Kürzungen im Kulturbudget.²²⁷ Letzten Endes aber stimmten sie für das Budget, nachdem ihr fiskalischer Puritanismus durch Schaffung einer gemeinderätlichen Sparkommission befriedigt worden war. Auch die ansonsten recht schweigsamen Vertreter der ÖVP stimmten dem Budget zu. Man hätte zum Schluß kommen können, daß zumindest in Linz soziale Spannungen der Vergangenheit angehörten, zumal ein etwas übereifriger Vertreter der Sozialisten dem Gemeinderat versicherte, daß sie als Marxisten jederzeit vorbehaltlos für die Kleinen und Schwachen, aus deren Reihen sie ja stammten und deren Leiden sie kennen, eintreten würden.

Die Kommunisten hingegen sahen im Haushaltsplan nur ein Spiegelbild der bedauernswerten Zustände, die das dritte Lohn- und Preisabkommen und das sogenannte Notopfer in den Gemeindekassen hervorgerufen hatte. Aus ihrer Sicht — und nicht nur aus ihrer — brachten die Lohn- und Preisabkommen ständige Reallohnsenkungen. Die Basis der arbeitenden Bevölkerung hätte keinerlei Möglichkeit, an den wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen mitzuwirken, da die Lohn- und Preisabkommen in Geheimverhandlungen zwischen einigen Spitzenpolitikern der Großparteien und Interessenverbände zustande kamen. Zurückblickend muß man anerkennen, daß die Kommunisten ein schärferes Auge für die latente Unzufriedenheit vieler Lohnabhängiger hatten als die Großparteien. Sie verkalkulierten sich allerdings in ihrer Annahme, daß die Unzufriedenheit über die weite Öffnung der Lohn- und Preisschere gleichbedeutend mit einer Bereitschaft der Arbeiter war, eine augenscheinlich gesellschaftsverändernde Politik zu unterstützen.²²⁸ Auch hatten die Kommunisten nicht so unrecht, wenn sie den Finanzausgleich als einen rücksichtslosen Raubzug auf die Gemeindefinanzen bezeichneten, der zur Irreführung der Öff-

²²⁴ AStL GPR 13. Dezember 1949.

²²⁵ AStL GPR 13. Februar 1950.

²²⁶ Rachbauer war von 1949 bis zu seiner Auflösung Bezirksobmann des VdU in Linz und wohl der profilierteste Vertreter des sozial ausgerichteten Flügels des VdU. Siehe Reimann, Dritte Kraft (wie Anm. 202), 208.

²²⁷ Die Forderungen auf Kürzungen des Kulturbudgets waren gegen die „Neue Galerie der Stadt Linz — Wolfgang-Gurlitt-Museum“ gerichtet. Daß die auf Initiative Korefs erfolgte Erwerbung dieser bedeutenden Privatsammlung von 80 Werken für Linz ein kulturpolitischer Coup ersten Ranges war, blieb den Vertretern des VdU scheinbar verborgen.

²²⁸ Eine kritische Diskussion der Lohn- und Preisabkommen findet sich bei Prader, Angst der Gewerkschaft (wie Anm. 5), 53–71. Die Reallohnsenkung resultierte aus der Aufhebung staatlicher Subventionen für bestimmte Schlüsselprodukte, wie Getreide, Zucker und Kohle, einer Erhöhung der Tarife für Strom und Verkehrsmittel, einer Erhöhung der Milch- und Schweinepreise, einer Erhöhung der regressiven Umsatzsteuer; hingegen bekamen die Industrie und die Gewerbetreibenden ein „Steuerzuckerl“ in der Form einer 20prozentigen Investitionsbegünstigung. Aus der Sicht des orthodoxen Wirtschaftswissenschaftlers stel-

fentlichkeit als Notopfer deklariert wurde. Der kommunistische Beitrag zur Budgetdebatte kulminierte in einen scharfen Angriff auf den VdU. *Der neo-faschistische VdU sei der Sturmblock der kapitalistischen Reaktion gegen die kaum gefestigte Demokratie.*²²⁹ Koref seinerseits beschloß die Debatte in seiner Funktion als Schieds- und Friedensrichter mit einigen Ermahnungen an die Adresse der KPÖ und des VdU, die Würde des Hauses nicht durch übertriebene Rhetorik zu verunglimpfen und doch immer schön zur kommunalen Sache zu sprechen, woraufhin er die Tugenden des Marshall-Plans zelebrierte und diesen mit betrübten Bemerkungen über Wühlmäuse, die vom Osten her die österreichische Demokratie bedrohten, kontrastierte.

Das Motto „Sozialpartnerschaft über alles“ gab auch die Antwort zu einer Gretchenfrage der Kommunalpolitik, nämlich nach dem Verhältnis zwischen Privateigentum und städtischem Grund und Boden. Den Anlaß dazu gab im Jahr 1950 die Novellierung der Bauordnungsnovelle von 1946.²³⁰ Die Sozialisten waren zwar dafür, durch einen breit konstruierten Enteignungsbegriff den geordneten Ausbau der Stadt zu ermöglichen. Der VdU, der im Bauordnungsausschuß federführend war, betrachtete aber die ganze Angelegenheit als eine „unpolitische“ technische Frage, gewisse Baulücken zu schließen. Zu diesem Zweck war ein möglichst eng konstruierter Enteignungsbegriff gerade recht. In einer geradezu rührenden Sensibilität über die üblen Enteignungspraktiken des NS-Staats beschwor der Hauptsprecher der VdU, Mold, den Gemeinderat, mit Enteignungsfragen sehr vorsichtig umzugehen. Ein anderer Vertreter des VdU schlug vor, den Referentenantrag (des VdU-Gemeinderates Dobelke, einem erfahrenen Fachmann im Städteplanungswesen) überhaupt von der Tagesordnung abzusetzen. Die ÖVP als Vertreter der Hausbesitzerinteressen war mit der engen Fassung der Enteignungsparagraphen vollauf zufriedengestellt, da ja diese Novelle kaum einen gefährlichen Versuch darstellte, die Bodenbesitzverhältnisse in der Stadt umzuschichten. Nach fünfstündiger Debatte wurde der Referentenantrag Dobelkes gegen die Stimmen seiner eigenen Partei mit Mehrheit angenommen. Die sozialistische Idee, daß vielleicht durch die Beseitigung städtebaulicher Mißstände auch soziale Mißstände auf dem Wohnungssektor beseitigt werden könnten, wurde gewiß zögernd, aber doch am Schrein der Sozialpartnerschaft geopfert.²³¹

len sich diese Maßnahmen etwas anders dar: Da in einem Wahljahr eine langfristige Wirtschaftspolitik unmöglich war, kam es zu einem kurzfristigen Budgetausgleich sowie zum dritten Lohn- und Preisabkommen. Die Belastung für die gewerbliche Wirtschaft wurde durch die Novellierung des Investitionsbegünstigungsgesetzes aufgefangen. Wichtigstes Ergebnis des dritten Lohn- und Preisabkommens war der Abbau des Budgetdefizits. Siehe Brusatti, Entwicklung (wie Anm. 138), 436.

Nicht überraschend kam der „Hofhistoriker“ des Gewerkschaftsbundes zu einer positiven Einschätzung der Lohn- und Preisabkommen, obwohl er zugeben mußte, daß noch Ende 1952 die Kaufkraft des Schillings um etwa die Hälfte geringer war als zu Beginn des Jahres 1948. Siehe Fritz Klenner, Die österreichischen Gewerkschaften, Wien 1967, 162, 183f. Eine ausgewogenere Diskussion der Lohn- und Preisabkommen findet sich bei Shell, Transformation (wie Anm. 198), 228, der die unheroische Politik des „Fortwurstelns“ auf dem Lohn- und Preissektor vielleicht als die einzige mögliche angesichts der moralischen Krise der Bevölkerung, der Position der SPÖ als Juniorpartner in der Koalition und der Bereitschaft der Kommunisten, die Unzufriedenheit an der Basis auszunützen, sieht.

²²⁹ ASL, GPR 13. Februar 1950. Bezeichnend für die Sparwut war die Streichung von 150.000 Schilling zur Errichtung eines Denkmals für die Gefallenen des Februar 1934. Hinter dieser Sparmaßnahme verbarg sich wohl die Übereinstimmung von SPÖ und ÖVP, die freundlich-kooperative Eintracht der Großparteien nicht durch Öffnen alter Wunden zu beeinträchtigen, während es die Kommunisten als „Lebensnotwendigkeit empfanden, den Geist des Schutzbundes fortzupflanzen“.

²³⁰ Zur Debatte siehe ASL, GPR 4. April 1950. Bereits die Bauordnungsnovelle 1946 enthielt keinerlei gesellschaftliche Postulate für die Stadtplanung. Und dabei sollte es auch bleiben. Dazu Herbert Fischer, Sozialgestaltung durch die Gemeinde unter gesellschaftlichen Aspekten (dargestellt am Beispiel der Stadt Linz), Dipl.-Arbeit, Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Linz 1971.

²³¹ Für ein ausgewogenes Urteil über die Probleme, die sich aus der großstädtischen Entwicklung von Linz

Nach den Nationalratswahlen von 1949 war die Verwaltung der verstaatlichten Betriebe dem Ministerium für Energiewirtschaft und verstaatlichte Industrie unter Führung des sozialistischen Technokraten Karl Waldbrunner unterstellt worden. Es gelang ihm, wie Brusatti befriedigt bemerkt, eine straffe Konzentration der Betriebe zu erzielen und die Investitionsgüterindustrie bevorzugt aufzubauen. Mehr als die Hälfte der ERP-Mittel flossen der verstaatlichten Wirtschaft zu.²³² In der Praxis bedeutete das allerdings größtenteils eine Selbstfinanzierung der verstaatlichten Industrie, was implizierte, daß die wirtschaftliche Produktivität das Hauptziel war. Auch die verstaatlichten Betriebe waren auf das Gewinnprinzip ausgerichtet.²³³ Die Anerkennung des Primats ökonomischer Rationalität seitens der maßgeblichen Politiker der SPÖ kollidierte mit den Erwartungen der Basis. Im Grunde haben wir es mit unterschiedlichen Konzeptionen des Begriffes Wirtschaftsdemokratie zu tun. Für die Basis bedeutete Wirtschaftsdemokratie „Mitbestimmung“ in der Form einer direkten Beteiligung der Betriebsräte an wichtigen Entscheidungen, wie der Regelung des Lohn- und Preissektors. Für die Spitzenpolitiker der SPÖ und des Gewerkschaftsbundes bedeutete Wirtschaftsdemokratie die funktionelle Vertretung der Basisinteressen auf höherer Ebene, um jedweden „Betriebsegoismus“ im Interesse des Wiederaufbaus einzudämmen. Die auf höchster Ebene ausgehandelten Lohn- und Preisabkommen waren die praktische Umsetzung des parteipolitischen und gewerkschaftlichen Selbstverständnisses der SPÖ, daß das Allgemeininteresse am Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Währungsstabilität das Kriterium der Wahrnehmung spezifischer Interessen sein mußte. Unglücklicherweise war eine Konstante der Lohn- und Preisabkommen, daß die Preissteigerungen die Lohnerhöhungen regelmäßig verschlangen und daher außergewöhnlich unpopulär waren. „Wie sag ich's meinem Kind“, war das große Kommunikationsproblem der Periode der Lohn- und Preisabkommen, das nicht gelöst wurde. Der Widerspruch zwischen allgemeinwirtschaftlichem Wachstum und unbefriedigender Beteiligung der Lohnabhängigen am Volkseinkommen kulminierte im Oktoberstreik 1950, an der die Linzer Großbetriebe in führender Rolle beteiligt waren.²³⁴ Erhöhung der Produktion und Produktivität, Marshall-Plan-Hilfe und Ausweitung des Außenhandels hatten den Lebensstandard zwischen 1948 und 1950 erhöht, aber keineswegs die Spannung zwischen Basis und Spitzenpolitikern entschärft, was einmal mehr beweist, daß nicht eine absolute, sondern eine relative Deprivation die Unzufriedenheit schürt.

nach 1938 und einer städtischen Rechtsordnung, die dem 19. Jahrhundert angepaßt war, ergeben, siehe Josef Walk, Städtebauer und Jurist. In: der aufbau, 10–11, Linz 1959, 374–375.

²³² Brusatti, Entwicklung (wie Anm. 138), 437.

²³³ Shell, Transformation (wie Anm. 198), 205–207. Dazu auch die vom Zentralbüro für ERP-Angelegenheiten im Bundeskanzleramt regelmäßig herausgegebenen Vierteljahrsberichte Austria and the ERP. So heißt es z. B. auf Seite 2 im 3. Quartalsbericht für 1950, daß der Prozentsatz der aus ERP-Mitteln finanzierten Importe von Investitionsgütern von 1,7 % aller ERP-Importe 1948 und 1949 auf 15 % der ersten 9 Monate im Jahre 1950 gestiegen war. Vom Standpunkt der Stadt Linz hieß das weitere Stundung der Gewerbesteuer für die verstaatlichten Betriebe.

²³⁴ Die Wiederaufbauperiode brachte in ökonomischer Hinsicht hohe Zuwachsraten des Bruttonationalprodukts, besonders in der Industrie und im Baugewerbe. Dazu Felix Butschek, Struktur- und Integrationsprobleme, In: Österreich, Die Zweite Republik, Bd. 1, 523. Während der drei Jahre der Marshall-Plan-Operation stieg die industrielle Produktion von 74,7 % zu Beginn 1948 auf 150,7 % zu Beginn 1951 (1937=100). Die Produktivität erhöhte sich von 57,7 % auf 94,3 %, Exporte stiegen von 35,8 % auf 114,9 %, das Bruttonationalprodukt erreichte 102 %, Bruttoinvestitionen erreichten 20 % des Bruttonationalprodukts. Die Arbeitslosigkeit verblieb unter dem kritischen Niveau (2,3 % 1948, 4,8 % 1949, 6,5 % 1950). Siehe dazu Austria and the ERP, Summary Report, April 1948 – April 1951, 25, 28.

Die panikartige Furcht der SPÖ vor der Inflation hatte zu einer stillen Akzeptierung einer differenzierten Ansicht über den Grad der Arbeitslosigkeit, der noch mit „Vollbeschäftigung“ vereinbar war, geführt. Extreme Vollbeschäftigung (schlecht) wurde als Situation definiert, in der weniger als 3 % der Arbeitskräfte

Der direkte Anlaß für den Oktoberstreik war das vierte Lohn- und Preisabkommen. Es war eine Folge des durch den Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 verursachten Preisanstieges für Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte und einer drastischen Reduzierung des ERP-Programms.²³⁵ Die bisher aus ERP-Mitteln finanzierten Preisstützungen auf dem Lebensmittelsektor wurden eliminiert und mußten durch ein neues, wieder geheim ausgehandeltes Lohn- und Preisabkommen kompensiert werden, dessen Einzelheiten am 26. September 1950 bekanntgegeben werden sollten. Die spontane Streikaktion, in der sich der lang aufgestaute Unmut der Lohnabhängigen Luft machte, ist noch immer ein umstrittenes Ereignis in der Nachkriegsgeschichte Österreichs. In der allgemeinen Betonung eines „kommunistischen Putschversuchs“ und eines „Anschlags auf Österreich“ wurde die Rolle der Kommunisten ausführlich, aber nicht konklusiv behandelt, die des VdU vernachlässigt.²³⁶ Die beinahe revolutionäre Kraft des spontanen Streiks überraschte alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre einschließlich der Kommunisten. Keine der im Streik verwickelten Akteure machte eine gute Figur, vielleicht mit Ausnahme der zahlenmäßig nicht ins Gewicht fallenden Vertreter des ÖAAB in der VÖEST und bei der Elektrobau AG.²³⁷ KPÖ, VdU und SPÖ ritten mit dem Spontanstreik einen Tiger, von dem es schwer war abzuspringen oder ihn wieder in den eisernen Käfig von ökonomischer und politischer Rationalität einzusperren.

Linz und Oberösterreich fällt eine Sonderstellung im Streik zu. In den Groß- und Mittelbetrieben betrachteten die Kommunisten die Betriebsräteorganisation als geeignetes Mittel, ihre schwache Stellung im Gewerkschaftsbund wettzumachen. Bei den Betriebsräten hatten sie Konkurrenz nicht nur in der SPÖ, sondern auch im VdU. Im Vergleich mit den Industriezentren in der Steiermark waren die Kommunisten auf der Betriebsratsebene weitaus schwächer vertreten. Und doch war gerade in Linz die Streikwelle in den Septembertagen eine der größten in ganz Österreich. Die Gründe dafür liegen in der Schwäche der sozialistischen Betriebsorganisationen, die einmal darauf zurückgeht, daß die Sozialisten in den nach 1938 errichteten Betrieben bis 1945 keine Möglichkeit gehabt hatten, die Arbeiter zu organisieren. Zum anderen reichten auch nach 1945 die Wurzeln des sozialistischen Gewerkschaftseinflusses nicht sehr tief, da durch den Influx von Flüchtlingsarbeitern, die ideologisch zum Großteil dem VdU nahestanden, die SPÖ ihre Kräfte in einem Zweifrontenkampf verzetteln mußte.²³⁸ Darüber hinaus — aus einer mehr kurzfristigen Perspektive — waren SPÖ und ÖGB bei der Behandlung des Lohn- und Preisabkommens denk-

unbeschäftigt waren, „nahezu-Vollbeschäftigung“ (gut) wenn weniger als 5% arbeitslos waren. Dazu Shell, Transformation (wie Anm. 198), 194.

²³⁵ Die Reduktion von 259 Millionen Dollar für das Budgetjahr 1949/50 auf 157 Millionen Dollar für 1950/51 betrug beinahe 40% der zu erwartenden Lieferungen. Siehe Austria and the ERP, 9th Quarterly Report, July—Sept. 1950, Wien 1950, 46.

²³⁶ Die ausgewogenste Behandlung des Oktoberstreiks findet sich bei Rauchensteiner, Sonderfall (wie Anm. 90), 288—297. Klenner betont den Putschcharakter der Aktion. Siehe Fritz Klenner, Putschversuch oder nicht? Ein Tatsachenbericht über das 4. Preis- und Lohnabkommen und die beiden gescheiterten kommunistischen Generalstreikversuche im September und Oktober 1950, Wien o. J. Der amerikanische Politikwissenschaftler Baader, Austria between East and West (wie Anm. 128), 155—183, schließt sich im allgemeinen der Darstellung Klenners an. Prader, Angst der Gewerkschaft (wie Anm. 5), 69, führt hingegen die Interpretation des Massenstreiks als kommunistischen Putschversuch auf Kalte-Krieg-Mythen zurück. Gruber und Hörzinger lassen daran keinen Zweifel, daß sie den Streik als Spontanaktion der Basis und keinesfalls als kommunistische Konspiration auffassen. Siehe Ronald Gruber — Manfred Hörzinger, „bis der Preistreiberpakt fällt“. Der Massenstreik der österreichischen Arbeiter im September/Okttober 1950, Wien 1975.

²³⁷ Siehe Salzer, Geschichte (wie Anm. 106), 224.

²³⁸ Dazu Baader, Austria between East and West (wie Anm. 128), 169, und Gruber — Hörzinger, Preistreiberpakt (wie Anm. 236), 44.

bar unglücklich, ja geradezu inkompetent.²³⁹ Die Koalitionspartner in der Regierung hatten wohl angenommen, daß nach Annahme des Lohn- und Preisabkommens durch den ÖGB am 26. September 1950 genügend Zeit zur Aufklärung der Öffentlichkeit wäre. Im Linzer Tagblatt vom 26. September steht außer einem vagen Versprechen, daß alle Preiserhöhungen „auf Heller und Pfennig“ abgegolten werden, sehr wenig Konkretes über den Inhalt des Lohn- und Preisabkommens. Unter diesem Umständen war es nicht überraschend, daß auch viele Sozialisten am Streik teilnahmen, da auch sie natürlich berechnete Gravamina hatten.

Das Informationsdefizit begünstigte eine Atmosphäre der Gerüchte und des Mißtrauens, das die Kommunisten für ihre Ziele ausnutzen konnten. Was waren nun die Ziele der Kommunisten? Hier scheiden sich die Geister. Pelinka ist wohl korrekt in seiner Behauptung, daß das Klima der beginnenden Radikalisierung fast der gesamten Arbeiterschaft den Kommunisten eine Gelegenheit gab, aus ihrem Ghetto auszubrechen.²⁴⁰ Es kann nicht bezweifelt werden, daß eine möglichst umfassende Streikbewegung dazu ein geeignetes Mittel war. Daß sie auf eine Erhöhung ihres Einflusses im Gewerkschaftsbund abzielten, wird auch von Gartner angenommen.²⁴¹ Rauchensteiner geht in seiner Annahme einen mächtigen Schritt weiter: Den österreichischen Kommunisten sei es sehr wohl um eine radikale Änderung der ökonomischen, aber auch der politischen Verhältnisse gegangen, sie kollidierten damit aber mit den Interessen der Russen, die an einer gravierenden Veränderung der Situation in Österreich nicht interessiert waren.²⁴² Für die sozialistischen Politiker waren allerdings die kommunistischen Zwecke eindeutig: Sturz der Koalitionsregierung und Errichtung einer Volksdemokratie.²⁴³ Aus der Linzer Perspektive Korefs stellte sich das etwa so dar: „1950 kam es zu einem letzten, hemmungslosen Versuch der Kommunisten zur Eroberung der Macht. Das vierte Lohn- und Preisabkommen war nur ein Vorwand. Der VdU stand demagogisch an der Seite.“²⁴⁴ Daß an diesem Urteil so manches nicht stimmt, läßt sich aus einer näheren Analyse der Linzer Ereignisse ablesen.

Die kommunistische Propaganda, die darauf angelegt war, das vierte Lohn- und Preisabkommen zu verhindern, begann bereits Wochen vor Beginn des Streiks. Da sich die Koalitionspartner anfangs nicht einigen konnten, wurden trotz der geheimen Verhandlungen einige Differenzen publik gemacht. Für die KPÖ war dies die Gelegenheit, als Verfechter der Interessen der Arbeiterklasse aufzutreten. Angesichts der echten Gravamina der Arbeiter kam es zu einer Verunsicherung ihrer Loyalität.²⁴⁵ Als die Kommunisten dann am 25. September zu einer Betriebsversammlung der Arbeiter in der VÖEST aufriefen, um gegen den „Preistreiberpakt“ zu demonstrieren, war dies keineswegs ein Aufruf zum Massenstreik. Den SPÖ-Betriebsräten war es aber klar, daß eine Massenversammlung von über 10.000 Arbeitern sehr wohl zu einer Streikerklärung führen konnte. Als nun der Arbeiterbetriebsrat mit den Stimmen des VdU und der KPÖ gegen die Stimmen der SPÖ — im Arbeiterbetriebsrat hatten der VdU 14, die SPÖ 12, die KPÖ 2 Sitze — eine Betriebsversammlung für den nächsten Tag anberaumte, berief der SPÖ-Obmann der Gewerkschaftsgruppe eine Hauptvertrauensmännerversammlung ein und beantragte, anstelle der Betriebsversammlung einen einstündigen Warnstreik am 25. September 1950 durchzuführen. Die scheinbare Radikalisierung war eine Taktik, ein Ventil für die Unzufriedenheit der Arbeiter zu schaffen.²⁴⁶

²³⁹ Pelinka, Auseinandersetzung mit dem Kommunismus (wie Anm. 123), 194.

²⁴⁰ Ebenda.

²⁴¹ Gartner, Zwischen Moskau und Österreich (wie Anm. 127), 117.

²⁴² Rauchensteiner, Sonderfall (wie Anm. 90), 295.

²⁴³ Adolf Schärf, Österreichs Erneuerung, 1945–1955, Wien 1955, 255; Oskar Helmer, 50 Jahre erlebte Geschichte, Wien (1957), 290; Klenner, Putschversuch (wie Anm. 236), 89–93.

²⁴⁴ Koref, Gezeiten (wie Anm. 9), 299f.

²⁴⁵ Baader, Austria between East and West (wie Anm. 128), 164–166.

²⁴⁶ Gruber — Hörzinger, Preistreiberpakt (wie Anm. 236), 45f.